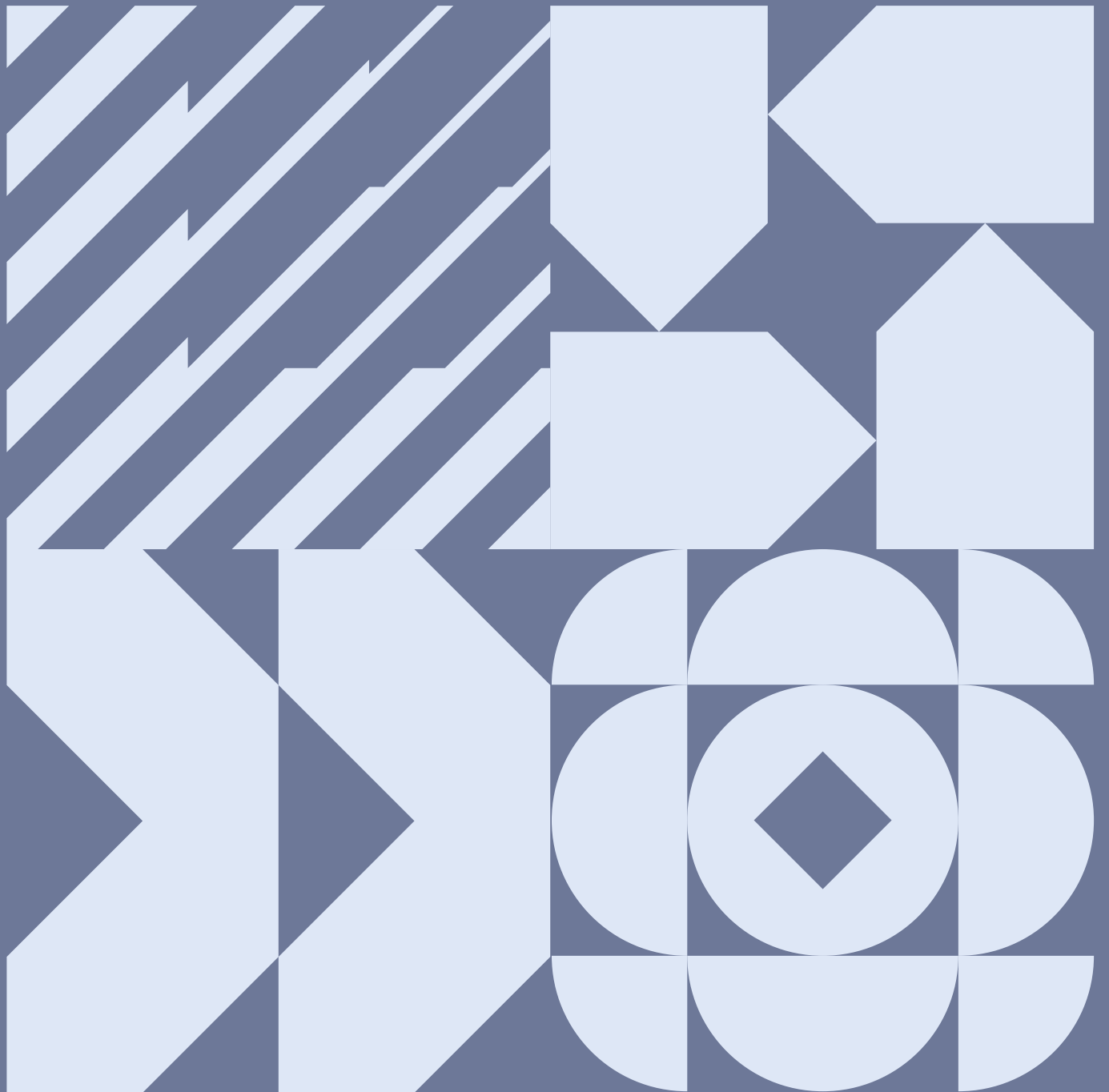




Geschäftsbericht
Dataport

2024

Rückblick

04

- 04 Brief des Vorstands
- 06 Projekte 2024: Erfolge für die Digitalisierung
- 08 EfA: IT-Kooperation im Norden
- 09 IT-Konsolidierung: fünf gute Beispiele



Über Dataport

10

- 10 Unser Schlüssel zum Erfolg
- 11 Frauen für die IT gewinnen
- 12 Nachhaltig digitalisieren



Fokus: IT-Sicherheit

13

- 13 Sicherheitsupdate: Zahlen und Fakten
- 14 Twin Data Center: optimal geschützt
- 15 Programm Nordstern: Zeit für Umgestaltung
- 16 Cyber Defense Center: Systeme im Blick



Ausblick

17

- 17 Unsere Vision von Verwaltung-as-a-Service
- 18 Bereit für die souveräne Cloud
- 19 KI auf dem Vormarsch



Wirtschaftliche Lage

20

- 20 Lagebericht
- 30 Personal, Bilanz, Gewinn-und-Verlust-Rechnung
- 32 Bericht des Verwaltungsrats
- 33 Mitglieder des Verwaltungsrats



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

alle reden über künstliche Intelligenz (KI) und Cloud. Wir auch. Wir machen aber auch etwas damit. Im vergangenen Jahr ist der KI-Assistent LLMoin an den Start gegangen, den wir gemeinsam mit der Stadt Hamburg entwickelt haben. Auch die Arbeiten an der Deutschen Verwaltungscloud (DVC) gingen mit großen Schritten voran. Beides sind Meilensteine auf dem Weg, innovative Technologien für Verwaltungen sicher, datenschutzkonform und digital souverän nutzbar zu machen. Mit LLMoin steht Verwaltungen ein leistungsstarker KI-Assistent zur Verfügung, der sie bei der täglichen Text- und Informationsverarbeitung unterstützt. Die DVC wiederum ist ein wichtiger Baustein, um sichere und datenschutzkonforme Cloud-Infrastrukturen für die Verwaltung zu erschließen.

Trotz dieser Erfolge stehen wir weiterhin vor großen Herausforderungen. Die Verwaltung zu digitalisieren heißt nicht nur, technologische Innovationen einzuführen. Gleichzeitig müssen wir das bestehende System sicher, resilient und digital souverän halten.

IT-Sicherheit ist dabei eine zentrale Aufgabe. Die Verwaltung ist auf zuverlässige, hochverfügbare und sichere IT angewiesen. Dafür betreiben wir Netze und ein Rechenzentrum, deren Sicherheit vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zertifiziert wurden. Wir ertüchtigen unsere Sicherheitsarchitektur fortlaufend, um sie an zukünftige Anforderungen anzupassen und gegen neue Cyberbedrohungen zu sichern.

Die digitale Souveränität und die Digitalisierung der Verwaltung sind Schwerpunkte unserer Arbeit. Dabei ist es uns wichtig, Entwicklungen anzustoßen, die langfristig wirken. Mit der dPhoenixSuite haben wir als First Mover einen digital souveränen Arbeitsplatz bereitgestellt und im Auftrag des Bundesministeriums des Innern daraus eine Community-Version für das Zentrum für Digitale Souveränität der Verwaltung (ZenDis) entwickelt. Da sich das ZenDis als öffentlicher Auftraggeber positioniert, haben wir uns entschieden, es künftig zu unterstützen. Daraus folgte für uns, die Investitionen für die dPhoenixSuite in diesem Geschäftsjahr vollständig abzuschreiben. Deshalb schließen wir das Geschäftsjahr 2024 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 29 Millionen Euro ab. Diese Entwicklung werden wir mit den Jahresergebnissen kompensieren, die für die folgenden Jahre zu erwarten sind.

Insgesamt war 2024 kein einfaches Jahr – wirtschaftlich wie geopolitisch. Unsere Erfolge wären ohne das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Vertrauen und die Unterstützung unserer Träger nicht möglich gewesen. Dafür bedanken wir uns ausdrücklich.



Andreas Reichel
Vorstand Technik

Silke Tessmann-Storch
Vorständin Lösungen

Dr. Johann Bizer
Vorsitzender des Vorstands
und Vorstand Ressourcen

Torsten Koß
Vorstand Digitale
Transformation



ERFOLGE FÜR DIE DIGITALISIERUNG

Auch im Jahr 2024 haben wir gemeinsam mit unseren Kunden zahlreiche Projekte gestartet, vorangetrieben und abgeschlossen. Auf diese sind wir besonders stolz.

— JANUAR

Vorbildliche Vergabe

Im Auftrag von vierzehn Bundesländern führte Dataport das europaweite Vergabeverfahren für die Bezahlkarte für Geflüchtete durch. Den Zuschlag für eine Rahmenvereinbarung erhielt die Secupay AG, ein FinTech aus Sachsen. Dataport hat das umfangreiche Vergabeverfahren innerhalb von kurzer Zeit durchgeführt: Es dauerte gerade einmal zehn Monate.



— MAI

Einmalige Dateneingabe

„Once only“ bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger einmalig beim Antrag einer Verwaltungsleistung ihre Daten eingeben müssen und diese dann bei Bedarf verschiedenen Behörden zur Verfügung stehen. Für Meldebescheinigungen oder Geburtsurkunden etwa tauschen die Behörden die benötigten Informationen einfach untereinander aus. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer durchgängig digitalisierten Verwaltung.

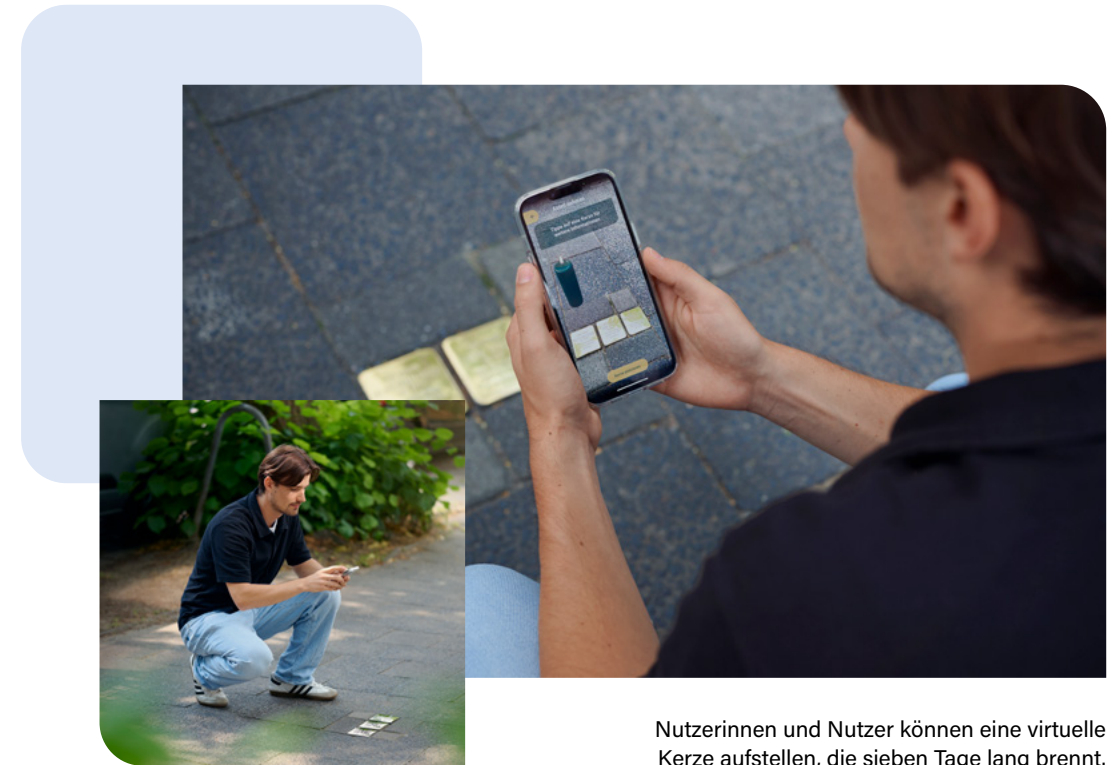
Voraussetzungen dafür sind zum einen digitale Register, zum anderen die Möglichkeit, elektronische Nachweise daraus rechtssicher abzurufen. Dies ermöglicht das National-Once-Only-Technical-System (NOOTS), dessen Aufbau wir seit 2024 vorbereiten. Inzwischen entwickelt Dataport wichtige Komponenten. Die notwendige Infrastruktur entsteht im eigenen Rechenzentrum. Bis Ende des Jahres 2025 soll das NOOTS als Minimal Viable Product für zwei Anwendungsfälle einsatzbereit sein.

— SEPTEMBER

eWA für alle

Ein Bundesland entwickelt eine Lösung, die andere Länder übernehmen können – das ist die Idee des „Einer für Alle“-Prinzips (EfA). Zu den erfolgreichsten EfA-Diensten gehört die elektronische Wohnsitzanmeldung, kurz eWA, die Dataport bereits 2022 im Auftrag der Senatskanzlei Hamburg entwickelt hat. Dataport half dabei, den gesamten Ummeldungsprozess durchgängig zu digitalisieren. Im Herbst 2024 führten auch Schleswig-Holstein, Bremen und – als erstes Nichtträgerland – Berlin die eWA flächendeckend ein. Mecklenburg-Vorpommern schloss sich im Dezember an und weitet den Onlinedienst schrittweise aus. In acht weiteren Bundesländern ist die eWA in einzelnen Kommunen verfügbar.

Damit ist der Dienst bundesweit der erfolgreichste Rollout einer Fokusleistung nach dem Onlinezugangsgesetz. Inzwischen ist die eWA in rund 1200 Meldebehörden verfügbar und kann von etwa 42 Millionen Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden. Die Zahl der Online-Wohnsitzanmeldungen ist in sieben Monaten rasant angestiegen von rund 3000 im Juli 2024 auf etwa 15.000 im Januar 2025.



Nutzerinnen und Nutzer können eine virtuelle Kerze aufstellen, die sieben Tage lang brennt.

— NOVEMBER

Gemeinsam erinnern

Die Stolpersteine-App von Dataport wurde erweitert und umbenannt. Die App heißt nun Stolpersteine Digital und erkennt rund 600 zusätzliche Stolpersteine in Schleswig-Holstein und alle 800 der kleinen Messingtafeln in Bremen. Dataport entwickelte 2023 den Vorgänger der neuen Augmented-Reality-App zunächst für die Pilotregionen Kiel und Rendsburg.

Wer die Inschrift eines Stolpersteins mit der Kamera seines Smartphones scannt, erhält direkt in der App biografische Informationen zu der Person, an die der Stein erinnert. Weitere Bundesländer und Städte wollen sich anschließen, zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. Inzwischen sind hundert Stolpersteine in der Landeshauptstadt Schwerin in der App zu finden. Damit sind derzeit mehr als 1800 Stolpersteine bundesweit in der App hinterlegt.



Erfahren Sie jetzt mehr über die Funktionen der App Stolpersteine Digital. Einfach den QR-Code scannen und Video ansehen.

— DEZEMBER

KI-Textassistent für die Verwaltung

LLMoin startet Ende 2024 erfolgreich in den Regelbetrieb. Die generative KI unterstützt die Mitarbeitenden der Hamburger Verwaltung beim Schreiben, Zusammenfassen und Auswerten von Texten und Dokumenten. So haben sie mehr Zeit für komplexe Tätigkeiten, bei denen eine künstliche Intelligenz nicht helfen kann. Das Amt für IT und Digitalisierung (ITD) der Senatskanzlei Hamburg beauftragte Dataport mit der Entwicklung des KI-Assistenten.

LLMoin funktioniert ähnlich wie das frei verfügbare ChatGPT und basiert aktuell auf dem Sprachmodell GPT-4o. Bei Bedarf könnte es auch mit anderen Modellen betrieben werden. Anders als die US-amerikanische KI speichert LLMoin die eingegebenen Prompts und Dokumente ausschließlich im datenschutzkonformen Rechenzentrum von Dataport. Inzwischen steht der KI-Assistent aus dem Norden auch Mitarbeitenden der Landesverwaltung Niedersachsen und von Dataport zur Verfügung. Genauso in Bremen und Rheinland-Pfalz. Weitere Kommunen, Bundesländer und öffentliche Einrichtungen sowie Unternehmen haben Interesse angemeldet. ■



IT-KOOPERATION IM NORDEN

Nachnutzung ist ein Schlüssel zur Beschleunigung der Digitalisierung der Verwaltung. Ein wichtiges Instrument dabei ist die Entwicklung von Onlinediensten nach dem „Einer für Alle“-Prinzip (EFA). Doch wie gut funktioniert EFA wirklich? Wir ziehen eine Zwischenbilanz.

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) erfordert Teamwork. Dataport arbeitet gemeinsam mit seinen Trägerländern Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt daran. Die Länder stellen auf unserer Plattform Online-Service-Infrastruktur (OSI) Onlinedienste für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen bereit und kooperieren im sogenannten OSI-Verbund.

Die OSI-Plattform ist der Dreh- und Angelpunkt für die teilnehmenden Bundesländer, um Onlinedienste effizient umzusetzen. Das Angebot wächst:

29 neue Onlinedienste innerhalb eines Jahres. Damit sind insgesamt 493 Dienste auf der OSI-Plattform produktiv. 92 davon sind nach dem EFA-Prinzip entstanden.

Das bedeutet: Ein Bundesland digitalisiert einen Onlinedienst und stellt ihn anderen Ländern im gesamten Bundesgebiet für die Nachnutzung zur Verfügung.

Im Jahr 2024 konnten so 4219 Onlinedienste aus der OSI-Plattform in Kommunal- und Landesbehörden bundesweit angeschlossen werden. Damit gab es mindestens sechsmal so viele Roll-outs wie im Vorjahr.

Das Prinzip funktioniert auch andersherum: Dienste, die von Ländern außerhalb des OSI-Verbundes entwickelt wurden, können von unseren Trägerländern nachgenutzt werden.

399 Behörden aus dem OSI-Verbund haben 2024 Onlinedienste aus anderen Bundesländern angebunden. Innerhalb eines Jahres ist damit die Zahl der sogenannten Roll-ins um beinahe 260 gestiegen.

Das Angebot der OSI-Plattform wird gut angenommen. Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, die ein Nutzerkonto über einen OSI-Mandanten haben, steigt:

1,38 Millionen Konten waren eingerichtet. Es gab durchschnittlich 710.000 Plattformbesuche pro Monat. Das sind vier Prozent mehr Nutzende und zwanzig Pro-zent mehr Besuche als im Vorjahr.

Für uns bei Dataport steht fest: Das EFA-Prinzip ist ein Erfolgsfaktor bei der Umsetzung des OZG. Wenn ein Onlinedienst nur an einer Stelle konzipiert, betrieben und weiterentwickelt wird, aber allen Behörden im gesamten Bundesgebiet zur Verfügung steht, spart das viel Zeit und Geld. Und wir alle kommen unserem gemeinsamen Ziel schneller näher: eine digitalisierte und leistungsfähige Verwaltung. ■



IT-INFRASTRUKTUR GEMEINSAM NUTZEN

Die IT-Konsolidierung der Verwaltung macht den Staat resilienter und sichert seine Handlungs- und Leistungsfähigkeit. Und das nicht nur im Regelbetrieb, sondern auch in Krisenzeiten. Wie so oft gilt: Gemeinsam kommen wir (schneller) voran, wie diese Beispiele zeigen.

Data Center: extra sicher und zuverlässig

Finanzverwaltungen, Polizei und Justiz arbeiten mit besonders sensiblen Daten und stellen hohe Anforderungen an Sicherheit und Stabilität im Verfahrensbetrieb. Dataport betreibt diese Fachverfahren länderübergreifend in gesicherten Bereichen, den Data Centern.

Das Data Center Steuern (DCS) betreibt Dataport für alle sechs Trägerländer – Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Als erstes Nichtträgerland kommt nun auch Berlin hinzu. Künftig werden etwa 7000 Beschäftigte der Berliner Finanzämter auf die Verfahren im DCS zugreifen.

Vier Bundesländer nutzen zurzeit das Data Center Polizei (DCP), fünf das Data Center Justiz (DCJ). Neu hinzugekommen ist Mecklenburg-Vorpommern. Seit Mai 2025 betreiben wir für das Land die ersten Fachverfahren im DCJ. Im Jahr 2024 haben wir die Netze angebunden und mit dem Aufbau der Fachverfahren begonnen.

Haushaltshanse: Bremen nutzt Hamburger Lösung

Die Anforderungen an das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (HKR) eines Landes sind hoch, die dafür notwendigen Systeme komplex. Umso besser, wenn man bei der Einführung eines neuen Systems von den Erfahrungen anderer profitieren kann – und die Beteiligten mit Dataport denselben IT-Partner an der Seite haben. Ein Musterbeispiel für länderübergreifende Zusammenarbeit ist die Haushaltshanse, eine Kooperation zwischen Bremen und Hamburg rund um das Finanz- und Haushaltswesen.

Bremen entschloss sich 2024, die erprobte Hamburger Lösung mit möglichst wenigen Anpassungen zu übernehmen. Dies umfasst neben Änderungen in der Buchführung auch die Einführung der Enterprise-Resource-Planning-Software SAP 4/HANA und weiterer IT-Systeme. Dataport begleitet Bremen dabei. Hamburg unterstützt zudem fachlich. Neben dem Start des SAP-Projekts führte Bremen bereits eine Plattform für digitales Rechnungswesen in der Verwaltung ein.

Die Nachnutzung der Hamburger Konzepte und IT-Systeme bietet Bremen eine hohe Planungssicherheit bei der Umsetzung auf inhaltlicher, prozessualer und finanzieller Ebene.

Die @rtus-Kooperation wächst

Das Programm „Polizei 2020“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) strebt eine einheitliche und moderne IT-Infrastruktur der Polizeien in Deutschland

an. Ein Ziel ist die Reduzierung der Anzahl der Vorgangsbearbeitungssysteme von neun auf drei. Eines davon ist @rtus. Dataport hat dieses Verfahren entwickelt und betreibt es bereits für Schleswig-Holstein, Bremen und Sachsen-Anhalt im Data Center Polizei. Darüber hinaus nutzen die Bundespolizei und die Polizei beim Deutschen Bundestag @rtus in eigenen Rechenzentren.

Im Sommer 2026 kommt Hamburg hinzu. Rheinland-Pfalz und das Saarland wollen ebenfalls bis 2026 zu @rtus wechseln. Später soll auch Niedersachsen beitreten. Damit könnte die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer von rund 55.000 am Ende des Jahres 2024 in den kommenden Jahren auf über 91.000 steigen.

Kommunen Ende-zu-Ende digitalisieren

Im Rahmen des Projekts BeBaST (Bereitstellung von Basisdiensten für Sachsen-Anhalt) treibt Dataport die Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Verwaltungsleistungen in den Kommunen in Sachsen-Anhalt voran. Dataport entwickelt Onlinedienste für die Bedarfe der Kommunen weiter und bindet sie an Basisdienste an. Für eine flächendeckende und effiziente Nachnutzung haben wir außerdem die Plattform eGovernment-Marktplatz aufgebaut. Darüber können Behörden in Sachsen-Anhalt seit August 2024 die benötigten Dienste einfach abrufen.

dITBetrieb: mehr Sicherheit für Kommunen

Alle Vorgänge in kommunalen Verwaltungen sind heute zumindest durch IT unterstützt. Das macht sie besonders vulnerabel bei Cyberattacken. Zudem fehlen den Kommunen oft die fachlichen, personellen und finanziellen Ressourcen, um der wachsenden Bedrohung dauerhaft erfolgreich zu begegnen.

Mit dITBetrieb bietet dataport.kommunal deswegen modulare Lösungen für den sicheren und professionellen IT-Basisbetrieb, die auf die Bedürfnisse der Kommunen zugeschnitten sind: von der Beschaffung und Einrichtung von Endgeräten über den sicheren Betrieb von Fachanwendungen bis hin zum Virenschutz. Auch die vollständige Auslagerung des IT-Betriebes ist möglich. Ende 2024 nutzten 33 Kunden in Schleswig-Holstein 2500 Arbeitsplätze im dITBetrieb – das sind mehr als doppelt so viele Arbeitsplätze wie im Vorjahr. ■

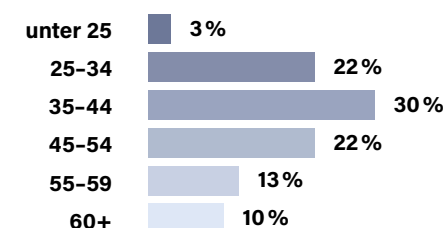
UNSER SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

Bei Dataport arbeiten rund 5600 Menschen an acht Standorten – und wir wachsen weiter. Allein 2024 haben wir rund 697 neue Kolleginnen und Kollegen begrüßt. Sie bringen verschiedene Erfahrungen, Sichtweisen und vielseitiges Wissen mit. Diese Unterschiede begreifen wir als Stärke. Mehr über die Menschen bei Dataport erfahren Sie hier.



43,4 Jahre
Altersdurchschnitt

Altersstruktur in Jahren



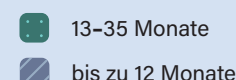
Teamspirit: Unsere offene Unternehmenskultur schafft Verbindungen.



251 Mitarbeitende in Elternzeit

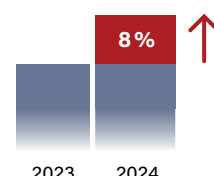


Dauer der Elternzeit



8 Prozent

personelles Wachstum im Vorjahresvergleich



34 Prozent

aller Führungspositionen sind von Frauen besetzt.



FRAUEN FÜR DIE IT GEWINNEN

Wir haben ein ehrgeiziges Ziel: Dataport will der öffentliche IT-Dienstleister mit dem höchsten Frauenanteil in Deutschland werden. Dafür setzen wir uns konsequent für Gleichstellung ein. Hier ein Einblick in unsere Maßnahmen und Erfolge.

Bis 2028 soll der Frauenanteil bei Dataport auf 35 Prozent steigen. Schon heute liegt der Anteil weiblicher Beschäftigter mit 31 Prozent für ein IT-Unternehmen leicht über dem Branchendurchschnitt. Dieser hohe Frauenanteil kommt nicht von ungefähr: Dataport berücksichtigt schon seit seiner Gründung die verschiedenen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und fördert ihre Gleichstellung. Für unseren ganzheitlichen Ansatz, weibliche Talente zu entwickeln, einzusetzen und zu binden, wurden wir 2024 mit dem top4women-Signet ausgezeichnet.

Beruf und Privatleben vereinen

Flexible Arbeitszeiten, variable Teilzeitmodelle und mobiles Arbeiten – unsere Mitarbeitenden können ihre Arbeit passend zu ihrer Lebenssituation gestalten. Angebote wie die Notfall- und Ferienbetreuung von Kindern tragen zusätzlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

Das kommt sehr gut an. Die Teilzeitquote bei Dataport ist konstant niedrig: 2024 lag sie bei 18 Prozent. Und ganze 69 Prozent der Teilzeitbeschäftigten arbeiten dabei mit einem Arbeitszeitanteil, der mindestens drei Viertel einer Vollzeitstelle entspricht. Nur bei fünf Prozent lag der Arbeitsumfang bei der Hälfte einer Vollzeitstelle oder darunter. Zudem kehren 82 Prozent der Beschäftigten, die in Elternzeit gehen, bereits nach spätestens zwölf Monaten in ihren Beruf zurück und setzen damit ihre Karriere ohne größere Unterbrechung fort. Eine schnelle Rückkehr aus der Elternzeit bedeutet für Frauen auch einen geringeren Verdienstaufschlag aufgrund der Mutterschaft.

Von der Flexibilität profitieren auch die Führungskräfte bei Dataport. Mehr als ein Drittel von ihnen sind Frauen, knapp jede Vierte hat ihre Führungsaufgabe 2024 in Teilzeit wahrgenommen. Zudem gibt es bei Dataport neben dem klassischen Jobsharing seit 2009 das Topsharing: Zwei Mitarbeitende können sich eine Führungsposition teilen. Insgesamt gab es 2024 bei Dataport 46 Führungstandems, davon fünf Frauen-, zwanzig Männer- und 21 gemischte Tandems.



Frauen entscheiden sich seltener für IT-Berufe als Männer. Das möchten wir ändern.

Frauen über fünfzig stärken

Sie bringen einen Reichtum an Erfahrung, Kompetenz und Klarheit mit, der sie zu starken Impulsgeberinnen macht. Dennoch gehen laut einer Studie zehn Prozent der berufstätigen Frauen ab fünfzig Jahren in Deutschland aufgrund von Wechseljahresbeschwerden vorzeitig in Rente oder denken darüber nach.¹ Mit einem speziellen Förderprogramm unterstützen wir sie gezielt in dieser Lebensphase, zum Beispiel mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und einem Beratungsangebot zu Gesundheitsmaßnahmen.

Fachkräfte für uns begeistern

Neben der Bindung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir auch neue weibliche Fachkräfte gewinnen – ob Kompetenzträgerinnen mit Berufs- und Lebenserfahrung oder Young Professionals. Um frühzeitig mit potenziellen Talenten in Kontakt zu kommen, tauschen wir uns mit Frauennetzwerken im IT-Bereich aus und kooperieren mit Universitäten und Fachhochschulen. Traineeprogramme bieten wir auch in Teilzeit an. Mit Weiterbildungsangeboten für Quereinsteigerinnen eröffnen wir zudem Frauen mit Berufserfahrung verschiedene Wege für eine Karriere in der IT-Branche. ■

NACHHALTIG DIGITALISIEREN

Von der Hardware bis zum Rechenzentrum – die von uns eingesetzte Informationstechnologie soll möglichst wenig klimaschädliche Emissionen verursachen. Und auch in unserer täglichen Arbeit handeln wir ressourcenschonend. Unsere Ökobilanz zeigt uns, wo wir die meisten CO₂-Emissionen produzieren – und wo Handlungsbedarf besteht.

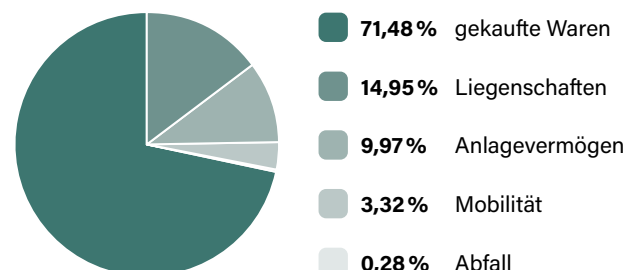
Seit 2019 erstellen wir alle zwei Jahre eine vollständige Ökobilanz nach den Standards des Greenhouse Gas Protocol (GHG Protocol), einem Berichtswesen zur Bilanzierung von Treibhausgasemissionen. Damit machen wir die Auswirkungen unserer Aktivitäten auf die Umwelt sichtbar. Eine wichtige Grundlage, um Maßnahmen abzuleiten und unsere CO₂-Emissionen weiter zu reduzieren.

— Unsere IT spart Energie

Unsere Liegenschaften werden zu 85 Prozent, das Twin Data Center zu 100 Prozent mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt. Das Rechenzentrum ist durch den Einsatz moderner Technik und einer intelligenten Gebäudeinfrastruktur energieeffizient und erreicht einen sehr guten Power-Usage-Effectiveness-Wert: Mit 1,22 liegt er rund neunzehn Prozent unter dem Durchschnittswert deutscher Rechenzentren von 1,46. Den künftigen Grenzwert von 1,5 und weniger, der ab Juli 2027 durch das Energieeffizienzgesetz vorgegeben ist, halten wir somit schon heute ein.

Das gelingt uns auch, weil das Twin Data Center (TDC) über eine moderne, energiesparende Kühlung verfügt. Mit der Abwärme heizen wir benachbarte Büros und eine Sporthalle. Auch der hohe Virtualisierungsgrad trägt dazu bei, den Stromverbrauch im TDC weiter zu reduzieren.

Power Usage Effectiveness (PUE) ist ein weltweiter Standard zur Bewertung und Verbesserung des Energieverbrauchs von Rechenzentren. Dabei wird das Verhältnis zwischen dem Gesamtenergieverbrauch des Rechenzentrums und dem Energiebedarf einzelner IT-Komponenten wie Server und Storage untersucht.



CO₂-Emissionen bei Dataport nach Bereichen

Im Jahr 2023 verursachte Dataport 13.735 Tonnen CO₂e. Gut zu wissen: Der Großteil der CO₂-Emissionen entsteht nicht in unserem Rechenzentrum, sondern indirekt, etwa durch den Bezug von Strom und Wärme, durch Abfallentsorgung oder den Kauf von Hardware.

— Schonend mit Ressourcen umgehen

Mit 71,48 Prozent ist die von uns genutzte Hardware für den weitaus größten Teil unserer CO₂-Emissionen verantwortlich. Notebooks, PCs und Co. sind bei Dataport rund fünf Jahre im Einsatz, bevor sie dem Remarketing zugeführt, gespendet oder schließlich recycelt werden. Um diese überdurchschnittlich lange Nutzungsdauer zu erreichen, wird die Hardware regelmäßig gewartet, aufgerüstet und bei Bedarf repariert. Im Jahr 2024 wurden 2700 Geräte repariert.

— Technik ein zweites Leben schenken

Die Klimabilanz der Hardware, die wir intern und bei unseren Kunden einsetzen, soll noch weiter verbessert werden. Dazu haben wir 2024 das Projekt Remarketing-Basis gestartet: Rund 6300 Computer, Notebooks und Monitore, die das Ende ihrer fünfjährigen Nutzungsdauer erreicht haben, wurden 2024 aufbereitet und an Unternehmen verkauft.

Circa 9600 der ausgemusterten, aber voll funktionsfähigen Computer, Notebooks und Monitore haben wir an gemeinnützige Organisationen gespendet. Und etwa 6650 Geräte wurden in die Verwertung gegeben, 95 Prozent davon waren Monitore. ■

Unser Nachhaltigkeitsbericht 2023 steht in der Onlinedatenbank des Deutschen Nachhaltigkeitskodex zur Verfügung. Mehr zum Thema Nachhaltigkeit bei Dataport erfahren Sie auch auf unserer Website. **Jetzt informieren**



SICHERHEITS- UPDATE

Um unseren Kunden IT-Sicherheit auf höchstem Niveau zu bieten, arbeiten unsere Abwehrsysteme und unser Sicherheitsmanagement rund um die Uhr. IT-Sicherheit ist aber zudem eine Frage des stabilen Betriebs. Auch hier sind wir sehr gut aufgestellt, wie diese Zahlen für das Jahr 2024 zeigen.

99,99 %

Verfügbarkeit der von Dataport betriebenen IT-Systeme

> 80 Mio. Euro

Investitionen in IT-Sicherheit pro Jahr

≈ 6,6 Mio.

als Spam erkannte und aussortierte E-Mails pro Monat

1,4 Mio.

Angriffe abgewehrt

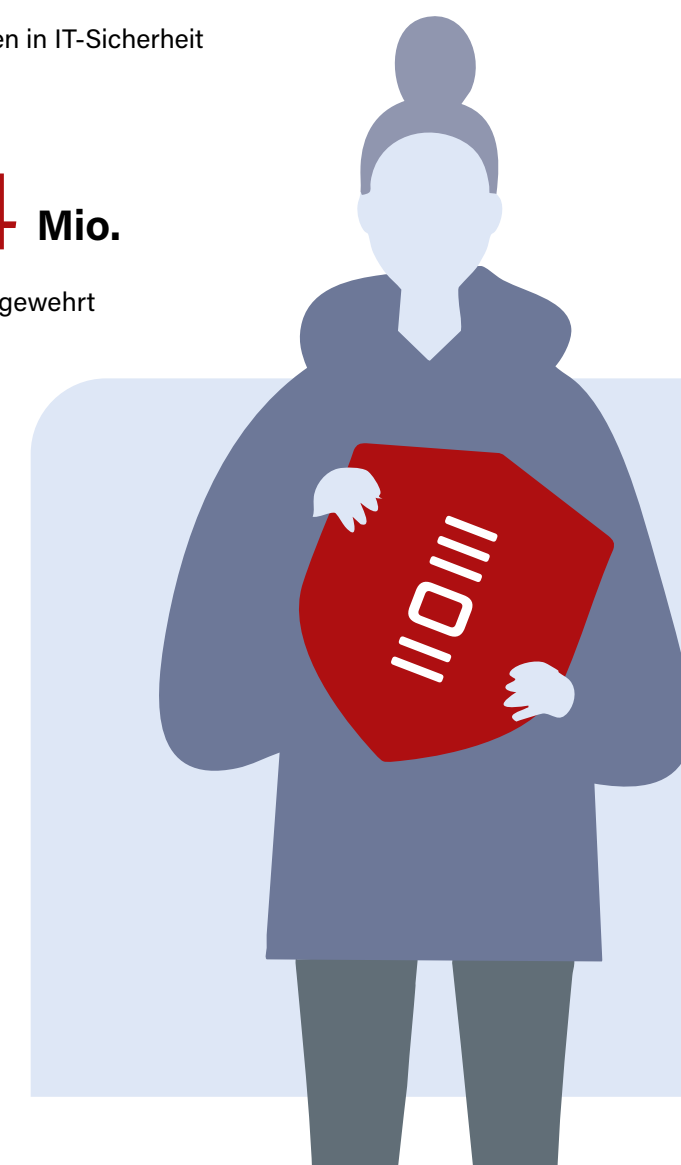
220

umfassende Sicherheitskonzepte für unsere Kunden und Dataport – mit technischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen. **Ein Plus von 38 Prozent.**

50.000

43 % mehr als 2023

umgesetzte Veränderungen (Changes) in Systemen oder Anwendungen in der zentralen IT-Infrastruktur, **davon 80 Prozent Sicherheitsupdates.**





OPTIMAL GESCHÜTZT

Im Jahr 2024 haben wir etwas Bemerkenswertes erreicht: eine Verfügbarkeit der von Dataport betriebenen IT-Systeme von fast 100 Prozent. Zudem konnten wir alle Angriffe auf unsere Systeme erfolgreich abwehren. Wie wir uns schützen, erklären wir hier.

Ein wichtiger Baustein unseres Sicherheitskonzepts ist die Zertifizierung unseres Rechenzentrums, dem Twin Data Center, nach IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). „Wir haben 2024 drei Überwachungsaudits und eine Rezertifizierung nach ISO 27001 auf Basis des BSI-Grundschutzes erfolgreich durchgeführt“, sagt Dr. Christine Zoppke, Leiterin des Rechenzentrums von Dataport und verantwortlich für die Zertifizierungen. „Zwei der Überprüfungen betrafen den inneren Kern des Rechenzentrums und zwei den Netzübergang zum Rechenzentrum. Damit bieten wir ein vollumfänglich sicheres Rechenzentrum, vom Baukörper bis zur Middleware. Durch die BSI-Zertifizierung entlasten wir unsere Kunden zusätzlich bei ihren Prüf- und Nachweispflichten für den grundschutzkonformen Betrieb.“

— Für den Ernstfall vorbereitet

Das Twin Data Center ist das Herzstück von Dataport. Es zählt zu den sichersten Rechenzentren in Europa. Und es ist georedundant. Das bedeutet: Es besteht aus zwei baugleichen Rechenzentren mit verteilten IT-Systemen an verschiedenen Standorten, die bei Bedarf füreinander einspringen können. Zudem ist unser Netz in Segmente geteilt. Das ist wichtig, um im Falle eines Angriffs die Segmente voneinander zu trennen und Angreifer zu isolieren. So sind wir auch auf weitreichende Cyberangriffe vorbereitet.



Dr. Christine Zoppke
Leiterin Rechenzentrum,
Dataport



Server-Racks im Co-Location-Rechenzentrum,
das Dataport nutzt.

Neben der Sicherheitsarchitektur des Twin Data Centers spielen hoch entwickelte Betriebsprozesse eine zentrale Rolle für die IT-Sicherheit bei Dataport. So investieren wir in Vorsorgemaßnahmen und optimieren unsere Reaktionsfähigkeit kontinuierlich. Wir überwachen unsere Systeme und Netze lückenlos, um potenzielle Schwachstellen frühzeitig zu erkennen. Zudem beobachten wir systematisch häufige Schadensszenarien und viel genutzte Angriffspfade.

— Standards bilden die Basis

Insbesondere die Endgeräte, die unsere Kunden und Mitarbeitenden nutzen, sind häufig Ziel von Angriffen. Deswegen werden mobile Geräte wie Notebooks und Smartphones zentral verwaltet. Das bedeutet, dass wir zum Beispiel die Verteilung der Software, den Schutz der gespeicherten Daten, Zugriffsrechte und die Netzanbindung der Geräte managen.

Zur Umsetzung all unserer Sicherheitsmaßnahmen erhalten unsere Mitarbeitenden konkrete und zuverlässige Handlungsanweisungen. Diese standardisierten und festgelegten Abläufe bilden zusammen mit Firewalls, Verschlüsselungen und dem BSI-zertifizierten Twin Data Center das starke Fundament der Sicherheitsarchitektur von Dataport.

ZEIT FÜR UMGESTALTUNG

Der digitale Staat von morgen braucht eine starke Infrastruktur. Daran arbeiten wir mit unserem Innovationsprogramm Nordstern. Über unsere Vision von einem länderübergreifenden Basisnetz und dem Rechenzentrum der vierten Generation.

Technologie entwickelt sich rasant weiter. Gleichzeitig wachsen die Datenmengen, die unsere Systeme verarbeiten müssen. „Die Anforderungen an unsere Netze hinsichtlich Sicherheit und Kapazität, also wie viele Daten sie ohne Leistungseinbußen transportieren können, verändern sich“, sagt Silke Tessmann-Storch, Vorständin Lösungen bei Dataport. „Die Netze sind das Rückgrat der modernen Verwaltung. Um sie zukunftssicher zu machen, müssen wir sie verändern.“

— Ein Netz für alle

Dies treibt Dataport mit dem Projekt „Netz 2025“ voran, einem Teil des Programms Nordstern. Das Ziel: ein einheitliches Netz mit hohen Sicherheitsstandards für alle Trägerländer. Silke Tessmann-Storch: „Wir wollen Dienste auch über unsere Trägerländer hinaus anbieten und gleichzeitig unseren Kunden Dienste von außerhalb zur Verfügung stellen können.“

Dazu modernisieren wir die Netze unserer Träger und legen sie zu einem zusammen. So schaffen wir ein Netz, das unter der Hoheit und Kontrolle des Staates betrieben wird und den Behörden einen sicheren und schnellen Datenaustausch ermöglicht. Das „Netz 2025“ ist ausfallsicher und erweiterbar. Andere Netze lassen sich jederzeit anschließen.

Ein weiteres Ziel und wichtiger Wachstumsfaktor ist die Einführung des Transportprotokolls IPv6. Denn die Adressen des vorherigen Standards IPv4 sind aufgebraucht. Mit der Umstellung auf IPv6 kann Dataport den rasant steigenden Digitalisierungsbedarf seiner Kunden bedienen.

— Schnell, flexibel, bedarfsgerecht

Nicht nur mit der Umstellung auf IPv6, sondern auch mit der Modernisierung unseres Twin Data Centers (TDC) und unseres Data Centers Steuern (DCS) ermöglichen wir weiteres Wachstum. Darauf konzentriert sich das Projekt „RZ 4.0“ als zweites zentrales Handlungsfeld von Nordstern. Unsere Rechenzentren werden cloudfähig.

„4.0 ist die Zukunft“, sagt Andreas Reichel, Vorstand Technik bei Dataport. „Wir haben eine Vision und dabei zwei Kunstbegriffe entwickelt. Erstens: Die ‚Amazonisierung‘ unserer Services. Wir wollen, dass es für unsere Kunden genauso einfach ist, bei uns Services zu bestellen, wie bei Amazon einzukaufen. Zweitens: ‚Applefication‘. Wenn eine neue App in

den App Store von Apple hochgeladen wird, geschieht dies komplett automatisiert. Sollte etwas nicht funktionieren, geht die App ebenfalls automatisch an den Hersteller zurück.“

Die beiden Unternehmen Amazon und Apple stehen symbolisch für Schnelligkeit, Flexibilität und Nutzerorientierung. In diesem Sinne will Dataport eine vollautomatisierte und rasche Bereitstellung von Anwendungen ermöglichen. Andreas Reichel: „Unsere Kunden können uns die Bereitstellung und Betreuung überlassen. Wir agieren dann als Managed-Service-Provider. Wer das nicht möchte, kann auf eine Reihe von Cloud-Diensten in unserem TDC per Self-Service einfach selbst zugreifen.“

— Sicherheit bleibt Bedingung

Dabei erfüllen wir weiterhin die Anforderungen nach BSI-Grundschutz und erhalten unser hohes Sicherheitsniveau. Wir übernehmen die Verantwortung für den zuverlässigen Betrieb und entlasten damit unsere Kunden.

Mit dem Programm Nordstern legt Dataport die Basis für den digitalen Staat von morgen. Gemeinsam mit unseren Trägerländern machen wir unsere Infrastruktur fit für die Zukunft. Das einheitliche Verwaltungsnetz und das Rechenzentrum 4.0 sind zwei wichtige Etappenziele auf dem Weg zu einer modernen und souveränen öffentlichen Verwaltung. ■



Silke Tessmann-Storch
Vorständin Lösungen,
Dataport



Andreas Reichel
Vorstand Technik,
Dataport

SYSTEME IM BLICK

Cyberangriffe nehmen zu und sie werden immer raffinierter. Dataport verbessert deswegen kontinuierlich seine Abwehrtechniken. Federführend beim Schutz der IT-Systeme ist unser Cyber Defense Center (CDC). Dahinter stehen zwei spezialisierte Einheiten.

Im CDC bei Dataport ist das Cyber Emergency Response Team (CERT) Nord angesiedelt. Es ist ein Informations-, Warn- und Alarmdienst für Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt. Das CERT Nord beobachtet zum einen permanent die Sicherheitslage und informiert über mögliche Bedrohungen, Sicherheitslücken und Schwachstellen in IT-Systemen. Zum anderen gibt es Handlungsempfehlungen für die Landesverwaltungen.

Im Jahr 2024 haben Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt beschlossen, ihre Kommunen im Folgejahr ebenfalls an das CERT Nord anzuschließen. Bei Sicherheitsvorfällen werden die Kommunen direkt und umgehend informiert, um ihre Systeme schnellstmöglich zu schützen. Dank des CERT Nord benötigen Kommunen keine eigenen Sicherheitsexperten und -expertinnen.

**Qualifiziertes
Personal ist
der Schlüssel.**

— Sicherheit auf höchstem Niveau

Neben dem CERT Nord sorgt das Security Operations Center (SOC) für die Sicherheit bei Dataport. Das SOC überwacht Netzwerke und Systeme auf verdächtige Aktivitäten und greift bei akuten Bedrohungen sofort ein. Thorsten Witte, Leiter des Cyber Defense Centers: „Qualifiziertes Personal ist der Schlüssel zur Sicherheit. Deshalb investiert Dataport in die Aus- und Fortbildung – mit Erfolg. Zweimal im Jahr absolvieren die SOC-Teams eine Übung bei einem spezialisierten Anbieter. Dabei zählen sie zu den besten 25 Prozent der Teilnehmenden.“

Die Abteilung entwickelt die Instrumente zur Früherkennung von Angriffen kontinuierlich weiter und überprüft regelmäßig die Wirksamkeit aller Sicherheitsmaßnahmen. 2024 hat das SOC zudem Unterstützung bekommen: Dataport bildete rund achtzig Kolleginnen und Kollegen zur Cyber Defense Reserve aus. Im Krisenfall unterstützen sie das SOC-Team, zum Beispiel bei der Überprüfung von Infrastrukturdiensten und Kundenverfahren, bevor die Systeme nach einem Sicherheitsvorfall wieder hochgefahren werden.

— Zwei zentrale Säulen

Vom Rechenzentrum über Netzwerke und Cloud-Dienste bis hin zum einzelnen Endgerät – IT-Sicherheit muss ganzheitlich gedacht werden. Dem trägt die Sicherheitsarchitektur von Dataport Rechnung. Das CERT Nord und das SOC sind zwei tragende Säulen. Die Spezialeinheiten passen sich ständig an die sich verändernde Bedrohungslage an. Damit die Verwaltung sicher und souverän arbeiten kann. ■



Thorsten Witte
Leiter Cyber Defense
Center, Dataport

VERWALTUNG AUS DER CLOUD

Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) hat Dataport die digitale Bereitstellung von Verwaltungsleistungen vorangetrieben und rund 500 Onlinedienste für seine Träger entwickelt. Mit Verwaltung-as-a-Service (VaaS) soll der nächste Schritt folgen: durchgängig digitale und automatisierte Bürgerservices aus der Cloud.

So könnte die digitale Verwaltung zukünftig funktionieren: Anträge werden online gestellt und durchgängig automatisiert bearbeitet. Der Onlinedienst und das Fachverfahren sind miteinander verknüpft, fehlende Daten werden automatisch ergänzt. So entsteht eine digitale Verwaltungsleistung aus einem Guss, bereitgestellt aus einer Cloud. Der Bescheid wird rein digital erstellt, ermöglicht durch Automatisierung und künstliche Intelligenz. Kurz gesagt: Ein Algorithmus erstellt den Bescheid, nicht die Sachbearbeitenden.

— Automatisierung ist das Ziel

„VaaS ist die Antwort auf den Fachkräftemangel“, sagt Christian Lentfer, Leiter der Abteilung Lösungen Jugend, Soziales und Wohnen bei Dataport. „Bei der Bearbeitung von Anträgen etwa auf Wohngeld, Unterhaltsvorschuss oder Elterngeld lassen sich mit VaaS im Durchschnitt mehr als neunzig Minuten einsparen.“ Eine große Entlastung für die Behörden. Es bleibt mehr Zeit für die Beratung oder für Fälle, die Ermessen und menschliche Beurteilung erfordern.

Auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren: „Mit VaaS erhalten sie ihren Bescheid unmittelbar nach der Beantragung. Wer heute einen einfachen Antrag stellt, muss mit mehreren Wochen Bearbeitungszeit rechnen“, sagt Christian Lentfer. Auch die Antragstellung selbst wird einfacher. Wenn die für den Antrag benötigten Daten der Verwaltung bereits vorliegen, etwa in Registern oder Datenbanken, werden sie automatisch ergänzt. Dokumente müssen nicht erneut herausgesucht und Daten nicht doppelt eingetippt werden. Man spricht vom „once only“-Prinzip (nur einmal). Dafür hat das Registermodernisierungsgesetz die Weichen bereits gestellt.

„Once only“ und durchgehend digitale Prozesse gibt bereits das OZG vor. VaaS geht noch einen Schritt weiter und kombiniert diese Prinzipien mit Cloud-Computing. So können standardisierte Software oder Services als virtuelle Ressourcen in einem Rechenzentrum vielen verschiedenen Nutzen bereitgestellt werden – zuverlässig, sicher und skalierbar. Nur mithilfe der Cloud lässt sich die vollständige Automatisierung von Services nahtlos umsetzen.

— Konkrete Test-Szenarien

Dataport baut die Infrastruktur seines Rechenzentrums bereits so aus, dass Cloud-Dienstleistungen angeboten werden können. Um die Vision von VaaS zu realisieren, müssen indes die Verwaltungsprozesse so weit wie möglich standardisiert werden. Individuelle Services lassen sich auch mit Automa-

tisierung und der Cloud kaum effizient betreiben. Dataport untersucht daher die Umsetzung von VaaS zunächst mit drei hoch standardisierten Verwaltungsleistungen: Wohngeld, Unterhaltsvorschuss und Elterngeld.

Diese Leistungen unterliegen bereits bundeseinheitlichen Regelungen und sehen keinen Ermessensspielraum bei der Leistungsgewährung vor. Die Erstellung von Bescheiden kann daher automatisiert erfolgen. Für alle drei Leistungen hat Dataport bereits im Rahmen der Umsetzung des OZG Onlinedienste entwickelt.

— An VaaS führt kein Weg vorbei

Die Verwaltung soll buchstäblich zum Service für Bürgerinnen und Bürger werden. Den Service liefert die Technologie. Sie ermöglicht es, etablierte Prozesse effizienter und ressourcenschonender zu gestalten. „Die Vision von VaaS ist groß gedacht, die Umsetzung eine entsprechend große Aufgabe“, sagt Christian Lentfer. „Wir werden daher zunächst einzelne Teile eines Prozesses betrachten, wie etwa die automatisierte Prüfung von Anträgen und Nachweisen mithilfe von künstlicher Intelligenz. So können wir heute schon einen großen Mehrwert für die Verwaltung schaffen.“

Noch ist Verwaltung-as-a-Service eine Vision. Aus Sicht von Dataport ist es aber alternativlos, um leistungsfähig zu bleiben. Denn VaaS ist die Antwort auf den stetig steigenden Effizienzdruck, unter dem Verwaltungen stehen. Wenn sie von Routineaufgaben entlastet werden, können sie sich auf eine wesentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge fokussieren: für Menschen beratend da zu sein. ■



Christian Lentfer
Leiter Lösungen Jugend,
Soziales und Wohnen, Dataport



BEREIT FÜR DIE SOUVERÄNE CLOUD

Der Bedarf an durchgängig digitalen und automatisierten Services in der Verwaltung wächst. Dataport passt deshalb sein Portfolio und seine technische Infrastruktur kontinuierlich an. Das Stichwort dabei: Cloud-Computing.



Cloud-Computing verändert die Bereitstellung von IT-Infrastruktur und Software: weg von der heutigen fragmentierten IT-Landschaft hin zu einer netzwerkbasierter Bereitstellung – von einigen wenigen Dienstleistern für viele Nutzende.

Diese greifen dabei auf Speicherplatz, IT-Plattformen, Dienste oder Software zu, die in dem Rechenzentrum ihres Dienstleisters betrieben werden. Die Bereitstellung erfolgt flexibel und bedarfsgerecht. Das wiederum hilft, Prozesse und Dienstleistungen effizient zu automatisieren. Automatisierung ist eine Antwort auf den steigenden Kostendruck und Personalmangel in der Verwaltung.

— Faktor digitale Souveränität

In der Privatwirtschaft sind Cloud-Dienste großer Unternehmen längst etabliert. Für die öffentliche Verwaltung gelten jedoch besondere Regeln: Cloud-Dienste müssen höchsten Datenschutz- und Sicherheitsstandards genügen und die digitale Souveränität der Verwaltung gewährleisten. Gemeint ist damit, dass die Verwaltung unabhängig vom Anbieter die Hoheit über ihre IT-Infrastruktur und ihre Daten hat. Um dies sicherzustellen, modernisiert Dataport sein Rechenzentrum so, dass es auch für Cloud-Dienste genutzt werden kann.

Das Twin Data Center wurde vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik mit einem ISO 27001-Zertifikat auf Basis von IT-Grundschutz ausgezeichnet. Das gibt Verwaltungen die Gewissheit, dass ihre Daten rechtskonform und sicher betrieben werden, auch beim Cloud-Computing.

— VerwaltungscLOUD steht bereit

Dataport beteiligte sich von Anfang an an den bundesweiten Cloud-Aktivitäten für die Verwaltung. So begannen im Jahr 2021 beispielsweise die strategischen und konzeptionellen Arbeiten an der Deutschen VerwaltungscLOUD (DVC), einem bundesweiten digitalen Marktplatz für Software und Services, unter Federführung des IT-Planungsrates von Bund und Ländern.

Seit Frühjahr 2025 steht die DVC den Behörden mit ersten Angeboten zur Verfügung. Zum Start der DVC waren mehr als vierzig Services buchbar, darunter erstmals Infrastruktur- und Plattformdienste aus der souveränen Cloud von Dataport. Als Einstieg dient das Cloud-Service-Portal von Dataport.

Die Kontrolle über die Dienste und Daten ist in der DVC gegeben: Verwaltungen können zwischen verschiedenen Cloud-Angeboten wechseln. Diese Wechselfähigkeit ist ein wichtiger Baustein digitaler Souveränität. Weitere Cloud-Produkte

von Dataport sollen in diesem Jahr hinzukommen, beispielsweise Anwendungen zur virtuellen Zusammenarbeit.

— Eine Aufgabe für viele

Die Verwaltung steht beim Cloud-Computing noch am Anfang. Das liegt an den Besonderheiten der Informationstechnik für den öffentlichen Sektor: Sie ist fragmentiert, wird uneinheitlich eingesetzt und betrieben. Nur ein Bruchteil der vorhandenen Verwaltungssoftware ist technisch für das Cloud-Computing geeignet. Wie schon bei anderen Aktivitäten rund um die Digitalisierung der Verwaltung wird sich auch hier das Prinzip der Kooperation bewähren: Es ist effizient, die IT für die Verwaltung arbeitsteilig und mit gemeinsamen Standards zu entwickeln.

Daneben hat es sich bei der Umsetzung von Cloud-Lösungen bewährt, sich an bestimmten Aufgabengebieten der Verwaltung wie Polizei, Steuer, Justiz oder Bildung zu orientieren. So hat Dataport 2024 zusammen mit IT-Dienstleistern anderer Bundesländer erfolgreich einen Proof of Concept für eine Justiz-Cloud umgesetzt. Hintergrund war eine vom Bundesministerium der Justiz in Auftrag gegebene Studie zur Machbarkeit einer bundeseinheitlichen Justiz-Cloud.

— Neue Angebote schaffen

Von der Beratung über die Entwicklung cloudbasierender Software und den Cloud-Betrieb bis hin zur Vermittlung externer Cloud-Lösungen – als IT-Dienstleister der Verwaltung wollen wir uns ganzheitlich mit acht Geschäftsmodellen aufstellen. Neben der Modernisierung unseres Rechenzentrums ist der Ausbau unseres Cloud-Portfolios ein weiterer wichtiger Baustein unserer Cloud-Strategie.

Darin ist auch ein ehrgeiziges Ziel verankert: Dataport will sich als souveräner und zuverlässiger Cloud-Anbieter für die öffentliche Verwaltung etablieren. Dazu wollen wir die Standardisierung von Verwaltungsleistungen in der Cloud vorantreiben und mit Partnern ein Ökosystem aufbauen, um gemeinsam sichere und leistungsfähige Cloud-Dienste für die Verwaltung zu entwickeln. ■

KI AUF DEM VORMARSCH

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) in der Verwaltung hat Fahrt aufgenommen. Im Jahr 2024 sind eine Reihe von KI-Anwendungen, die Dataport entwickelt hat, an den Start gegangen – und erstmals in Behörden im Einsatz. Hamburg etwa nutzt jetzt LLMoin.

Kommerzielle KI-Lösungen, wie beispielsweise auf Large Language Models (LLM) basierende Anwendungen wie ChatGPT, versprechen auch der Verwaltung mehr Effizienz bei Recherchen oder Routineaufgaben. Ihr Einsatz fordert jedoch einen besonderen Rahmen für den Schutz sensibler Daten. Seit Ende 2024 ist in Hamburg der KI-Assistent LLMoin mit genau diesem Fokus im Einsatz.

LLMoin basiert auf den GPT-Modellen und läuft datenschutzkonform auf der KI-Plattform data[port]ai. Der KI-Assistent kann unter anderem Informationen recherchieren, Dokumente zusammenfassen, Texte für Beschlussvorlagen oder E-Mails erzeugen und Fragen beantworten. Nachnutzung ist erwünscht: Mittlerweile arbeiten auch Niedersachsen und Dataport mit LLMoin. Bis Ende des Jahres soll LLMoin in allen Trägerländern im Einsatz sein.

— Souverän mit data[port]ai

Für die Entwicklung und den Betrieb digital souveräner KI-Anwendungen hat Dataport die Plattform data[port]ai entwickelt, eine Alternative zu den Angeboten der Hyperscaler, vor allem hinsichtlich des Datenschutzes. Auch die digitale Souveränität ist mit data[port]ai gesichert. Denn die Plattform wird im Rechenzentrum von Dataport betrieben. Die Verwaltung behält die Kontrolle über ihre Daten und Anwendungen.

Auf data[port]ai läuft auch LLMoin. Das LLM, derzeit GPT 4.0, wird wiederum aus der Microsoft-Azure-Cloud eines Rechenzentrums in der EU bezogen. Die Daten werden in der Cloud jedoch nur verarbeitet. Gespeichert werden sie ausschließlich im Twin Data Center von Dataport.

— Ausbau der Plattform

data[port]ai wurde im Jahr 2024 durch die Integration der KI-Plattform Watsonx von IBM erweitert. Damit rundet Dataport sein Angebot im Bereich KI ab, um – neben KI-Modellen aus der Cloud wie LLMoin – auch für weitere KI-Anwendungen einen souveränen Betrieb mit erhöhtem Schutzbedarf zu ermöglichen. Für die Anwendung dSprachverarbeitung zum Beispiel. Diese basiert ausschließlich auf Sprachmodellen, die auf data[port]ai laufen. Das Tool kann zum Beispiel Diktate oder Gesprächsaufnahmen automatisiert in Text umwandeln.



— Justiz setzt auf KI

Auch in der Justiz verspricht der Einsatz von KI Effizienzgewinne. Das Verwaltungsgericht Hannover testete 2024 den „Erkenntnismittel-Assistenten in Asylverfahren“ (EMIL), ein Projekt des Niedersächsischen Justizministeriums und Dataport.

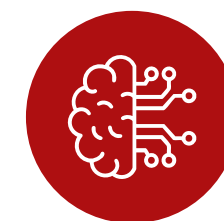
EMIL unterstützte Richterinnen und Richter in Asylverfahren als Suchmaschine und Chatbot, um in bestimmten Datenbanken Informationen über Bedrohungslagen in den Herkunftsländern von Asylsuchenden zu finden. Die Ergebnisse fasste die KI in einem Lagebericht mit Quellenangaben zusammen.

Ebenfalls für den Bereich der Asylleistungen bestimmt ist der „KI-Rechercheassistent für das Asylbewerberleistungsgesetz“ (KIRA), den Dataport gemeinsam mit der Stadt Hamburg entwickelt. KIRA soll Mitarbeitende der Innenbehörde dabei unterstützen, Fragen zu Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu beantworten. Dazu recherchiert KIRA unter anderem in Anweisungen oder Gesetzestexten und liefert Zusammenfassungen mit Quellenangabe.

— Die nächste Stufe

Bei LLMoin, EMIL oder KIRA unterstützt die KI. Ein Mensch trifft aber nach wie vor die Entscheidung darüber, ob Antragstellende Verwaltungsleistungen bekommen oder nicht. Dennoch ist denkbar, dass KI bei behördlichen Entscheidungen künftig weitgehender eingesetzt wird als bislang. Beispielsweise könnte KI Entscheidungsvorschläge erstellen, um Genehmigungsprozesse zu beschleunigen.

So entwickelt Dataport in einem Konsortium der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC im Auftrag des Bundesinnenministeriums eine KI, die anhand von vorgegebenen Parametern Entscheidungsvorschläge für Genehmigungen in komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren erstellen soll. Auch für dieses im Frühjahr 2025 gestartete Projekt gilt: Der Mensch fällt die Entscheidung, die KI bereitet sie vor. ■



LAGEBERICHT

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Dataport ist der Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und der Steuerverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie für den „IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR (ITVSH)“.

Dataport hat seinen Unternehmenssitz in Altenholz (bei Kiel) und Niederlassungen in Hamburg, Kiel, Bremen, Rostock, Lüneburg, Magdeburg und Halle. Dataport unterhält zudem Bürostandorte in Hannover, Potsdam sowie in Berlin.

Zunehmende geopolitische Krisen, ein andauernder Krieg in Europa, eine politische Neuausrichtung durch den Wechsel der deutschen Bundesregierung, die Wirtschaft in der Rezession, eine alternde Gesellschaft, die auch mit einem steigenden Arbeits- und Fachkräftemangel einhergeht, sowie der Klimawandel erfordern eine Verwaltung, die auch unter diesen Rahmenbedingungen in allen Zeitperspektiven handlungs- und funktionsfähig ist.

Diese Herausforderung wird mittelfristig nur gelingen, wenn die IT-Infrastrukturen und die daraus erbrachten Leistungen sicher, performant und skalierbar konfiguriert sind. Für eine resiliente Verwaltung sind die IT-Leistungen also nicht nur für den Normalfall, sondern für mögliche Krisenphänomene vorzubereiten und auszulegen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Resilienz einer Verwaltung von ihrem Digitalisierungsgrad abhängt. Mobile Arbeitsplätze, VPN und E-Akte etc. haben die Arbeits- und Leistungsfähigkeit unabhängig von der „Fläche“, das heißt den Räumlichkeiten einer Dienststelle, gesichert. Die Gewährleistung von IT-Sicherheit sowie von digitaler Souveränität sind wesentliche Elemente, mit deren Hilfe die Verletzlichkeit der IT und damit der öffentlichen Verwaltung insgesamt reduziert wird.

Dataport ist gemessen an diesen Anforderungen gut aufgestellt: Die Konsolidierung aller Rechenzentren auf zwei neue und zudem nach IT-Grundschutz zertifizierte Rechenzentren ist eine wichtige Grundlage. Dataport folgt damit den politischen Vorgaben des IT-Planungsrates, die IT-Sicherheit auf der Basis des nationalen Standards umfassend zu gewährleisten. Darüber hinaus erfüllen diese Rechenzentren bereits heute die Anforderungen an die vorgeschriebene Energieeffizienz. Auch damit wird Dataport seiner ökologischen Verantwortung gerecht.

Dataport beteiligt sich an der Umsetzung der Strategie der digitalen Souveränität, stellt für seine Träger sichere IT-Infrastrukturen zur Verfügung und treibt den digitalen Wandel durch die Entwicklung innovativer Services weiter voran. Dazu gehört der Betrieb leistungsfähiger Datennetze, über die ein schneller und sicherer Datenaustausch erfolgen kann. In BSI-zertifizierten, georedundanten Rechenzentren betreibt Dataport rund 1060 Fachverfahren der Verwaltungen. Hard- und Software werden für die Träger durch die Abnahme großer Stückzahlen und langfristige Rahmenverträge zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt.

Mit dem Programm Nordstern modernisiert Dataport sein Rechenzentrum (RZ) einschließlich der Netzinfrastruktur. Hauptziel ist es, den Automatisierungsgrad in den Produktionsprozessen des RZ zu erhöhen. Ein wichtiger Nebeneffekt ist die „Cloudifizierung“ des RZ, damit Cloud-Services besser als bisher aus einem Rechenzentrum von Dataport erbracht werden können. Die Modernisierung führt zur Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Hand durch einen erhöhten Einsatz von Open-Source-Software im RZ.

Digitalisierung ist der prägende Entwicklungstrend für Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft. Sie bewirkt Veränderungen in der Produktion von Leistungen der Kernverwaltung und bestimmt die Entwicklungsdynamik der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen entspricht nicht nur der Erwartungshaltung der Bevölkerung, sondern ist auch eine Maßnahme zur Bewältigung des demografischen Wandels. Weniger Menschen werden im gleichen Umfang wie bisher die Produktion von Verwaltungsleistungen zu erbringen haben. Eine besondere Rolle spielt die zunehmende Leistungsfähigkeit der Algorithmen als technologische Voraussetzung für die Automatisierung von Verwaltungsleistungen. In diesem Zusammenhang liegt ein besonderer Fokus auf neuen Technologien wie künstliche Intelligenz (KI) und hier im Besonderen auf Large-Language-Modellen. Mit dem systematischen Aufbau der erforderlichen technischen und personellen Kompetenz hat Dataport die Voraussetzungen für die Entwicklung und den Betrieb von KI-Lösungen geschaffen.

Nach dem Auslaufen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) Ende 2022 wurde mit dem Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes (OZGÄndG bzw. OZG 2.0), das im Juli 2024 in Kraft getreten ist, die Digitalisierung der Verwaltung zur Daueraufgabe erklärt. Eine entscheidende Rolle dafür spielt das Efa-Prinzip (Einer für Alle). Im Fokus stehen dabei Roll-in und Roll-out von Efa-Diensten. Während beim Roll-in Träger von Dataport den Dienst eines anderen Bundeslandes an die Behörden im eigenen Land anbinden, werden beim



Roll-out EfA-Dienste an Behörden des eigenen Landes oder eines anderen Landes angebunden. An die Umsetzung der EfA-Dienste schließt die durchgehende Verwaltungsdigitalisierung an. Mit dem Vorhaben „Registermodernisierung“ legen Bund und Länder die Basis für einen sicheren Datenaustausch. Vor diesem Hintergrund wirkt Dataport auf mehreren Ebenen an der Realisierung des One-Stop-Governments mit.

Mit dem Auslaufen des Konjunkturprogramms 2023 stehen die Bundesmittel für die Digitalisierung der Verwaltungen in den Ländern und Kommunen nicht mehr zur Verfügung. Dieses und weitere Förderprogramme brachten Dataport in den letzten Jahren zweistellige Wachstumsraten. Für 2024 bremste das Auslaufen dieser Mittel das Wachstum von Dataport auf ein Niveau von gut vier Prozent. Im Vergleich zum Wirtschaftswachstum in 2024 ist diese Wachstumsrate nach wie vor herausragend, wird damit aber den notwendigen Veränderungen nicht gerecht. Denn: Digitalisierung und Konsolidierung haben nicht an Bedeutung verloren. Dataport befindet sich weiterhin auf einem nachhaltigen Wachstumskurs.

ENTWICKLUNG DES UMFELDES

— Konjunktur in Zeiten zunehmender politischer Instabilität

Deutschland steckt das zweite Jahr in Folge in der Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2024 um 0,2 Prozent gesunken. Gründe dafür sind unter anderem eine zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten und ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau. Die Wahl Donald Trumps in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bruch der deutschen Bundesregierung im November 2024 brachten politische und wirtschaftliche Unsicherheiten. Bereits 2023 hatte es einen Rückgang um 0,3 Prozent gegeben.¹

Im Jahresdurchschnitt 2024 waren rund 46,1 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig – so viele Erwerbstätige wie noch nie seit der deutschen Vereinigung (+ 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Ursächlich dafür waren wie bereits in den Vorjahren die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte und eine gestiegene Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung. Beide Wachstumsimpulse überwogen die dämpfenden Effekte des demografischen Wandels.² Gleichzeitig stieg die Anzahl Arbeitsloser aufgrund der konjunkturellen Schwächephase deutlich auf 2,8 Millionen im Jahresdurchschnitt (+ 0,3 Prozentpunkte auf 6 Prozent). Auch die Arbeitskräftenachfrage, als Indikator der aktuellen Einstellungsbereitschaft von Betrieben, lässt weiter nach. In Summe wurden 2024 mit 1.500.000 Stellen 132.000 weniger gemeldet als im Vorjahr und damit so wenige wie noch nie in den letzten 25 Jahren.³ Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel sind zunehmend wichtige Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung. Trotz schwächelnder Konjunktur bekommen laut Konjunkturumfragen des Ifo Instituts vom Juli 2024 ca. 34 Prozent der Firmen zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte, besonders stark betroffen sind die Dienstleister mit 39,7 Prozent.⁴ Der dbb beamtenbund und

tarifunion ging im September 2024 bereits von einer Personal-lücke von 570.000 Stellen im öffentlichen Dienst aus.⁵

Nach den Ergebnissen der 167. Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums (BMF) werden die Steuereinnahmen im Jahr 2024 für Bund, Länder und Kommunen geringer ausfallen als noch in der letzten Schätzung angenommen: Im Mai 2024 wurden für das Jahr 2024 noch Steuereinnahmen in Höhe von 950,3 Milliarden Euro geschätzt. Im Oktober 2024 wurde die Schätzung auf 941,6 Milliarden Euro gesenkt. Die Differenz zur Schätzung vom Mai 2024 ergibt sich laut BMF ganz überwiegend aus Schätzabweichungen, die auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie die Entwicklung des Kassenaufkommens bis einschließlich September 2024 zurückzuführen sind.⁶

Laut Bitkom bleibt Deutschlands digitale Wirtschaft entgegen der gesamtwirtschaftlichen Lage auf Wachstumskurs. Trotz eines schwierigen konjunkturellen Umfelds erwartet der Digitalverband für die Unternehmen der IT und Telekommunikation (ITK) für 2024 ein Umsatzplus von 3,3 Prozent auf 222,6 Milliarden Euro. Die Informationstechnik ist dabei der wichtigste Wachstumstreiber. Nach einer leichten Wachstumsdelle im vergangenen Jahr 2023 (+ 2,6 Prozent auf 143,4 Milliarden Euro) werden 2024 nach der aktuellen Prognose 149,7 Milliarden Euro umgesetzt (+ 4,4 Prozent). Im Softwaremarkt wachsen insbesondere bei KI-Plattformen die Umsätze (+ 43 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro).⁷ Digitalisierung bleibt die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.

Der Jahresabschluss 2024 steht im Zeichen sich überschlagender politischer Ereignisse. In den Sondierungsgesprächen von CDU, CSU und SPD nach der Bundestagswahl im Februar 2025 stehen zwei Themen im Mittelpunkt: schnelles Handeln für Bundeswehr und Verteidigung sowie ein „Sondervermögen“ für die Infrastruktur. Zur Sanierung und zum Ausbau der Infrastruktur soll ein kreditfinanziertes Sofortprogramm aufgelegt werden. Die entsprechend notwendige Änderung des Grundgesetzes haben Bund und Länder beschlossen. Finanziert werden sollen „insbesondere Zivil- und Bevölkerungsschutz, Verkehrsinfrastruktur, Krankenhaus-Investitionen, Investitionen in die Energieinfrastruktur, in die Bildungs-, Betreuungs- und Wissenschaftsinfrastruktur, in Forschung und Entwicklung und Digitalisierung“.⁸ Dataport verbindet mit dieser Maßnahme die Erwartung, mit Fördermitteln aus dem Programm die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung weiter voranzubringen und fit für die Zukunft zu machen.

— Digitale Souveränität und Resilienz der öffentlichen Verwaltung

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen zeigt sich, dass der Druck auf die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung nicht nachlassen wird. In einer Zeit zunehmender geopolitischer Krisen rücken Themen wie IT- und Cybersicherheit in den Fokus. In Spannungszeiten müssen die digitalen Verwaltungsleistungen beispielsweise gegen Cyberangriffe gut geschützt sein. Die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ist ein stabilisierender Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt erst recht in unsicheren Zeiten.

Die Bedrohung durch Anschläge haben die Verletzlichkeit der kritischen Infrastrukturen insbesondere auch im IT-Bereich (Rechenzentrum, Datenleitungen, Stromversorgungen etc.) vor Augen geführt. Betreiber müssen ebenso auf unbeabsichtigte IT-Ausfälle vorbereitet sein, wie die zahlreichen Ausfälle in Folge des fehlerhaften Updates des Unternehmens CrowdStrike im Juli 2024 zeigten. Laut dem Bundeslagebild Cybercrime⁹ des Bundeskriminalamtes und dem Bericht zur Lage der IT-Sicherheit¹⁰ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik ist die Cyberkriminalität im Jahr 2023 erneut gestiegen. Dabei standen und stehen öffentliche Verwaltungen und Behörden (Bund, Länder und Kommunen) zunehmend im Fokus von DDoS- (Distributed Denial of Service) und Ransomware-Angriffen. Dataport hat sich auf diese Lage mit einer Verstärkung seiner Fähigkeiten zur Lagebeobachtung, der Systemüberwachung und der Reaktionsfähigkeit auf Angriffe im Rahmen seines Security Operation Centers (SOC) eingestellt.

Bund, Länder und Kommunen haben sich zum Ziel gesetzt, die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung kontinuierlich zu stärken. Dataport leistet als öffentlicher IT-Dienstleister hierzu mit seinen BSI-zertifizierten, georedundanten Rechenzentren, seiner Beteiligung an der Umsetzung der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie und dem Projekt Nordstern einen zentralen Beitrag, um Staat und Verwaltung die Hoheit und Kontrolle über die Verarbeitung der Daten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen zu sichern.

Die vom IT-Planungsrat entworfene Strategie der Deutschen Verwaltungscloud ist unter Beteiligung von Dataport entstanden. Sie entwirft eine Cloud-Infrastruktur, die eine Bündelung der Kräfte der öffentlichen IT-Dienstleister zu einer digital souveränen Infrastruktur ermöglicht. Dataport reduziert sukzessive die Abhängigkeiten von proprietären Lösungsanbietern und stärkt die eigene Verhandlungsmacht durch einen verstärkten Einsatz von Open-Source-Lösungen. Über 40 Prozent der serverbasierten RZ-Infrastrukturen laufen bereits auf einem Open-Source-Betriebssystem. Zehn Prozent der RZ-Infrastrukturen werden – stark ansteigend – mittlerweile für Containerumgebungen verwendet, bei denen der Anteil von Open Source bei ca. 80 Prozent liegt.

Dataport hat als First Mover auf dem Markt der digitalen Souveränität Werte geschaffen und Erfolge erzielt. Dataport bietet Videoconferencing mit einer Open-Source-Lösung an, die nicht nur in einem IT-Grundschutz-konformen RZ von Dataport betrieben wird, sondern auch selbst grundschutzkonform geprüft ist. Dataport hat mit Herstellern im Auftrag des BMI die Lösung Open Desk als Community-Version hergestellt und containerisiert sowie IT-Grundschutz inside bereitgestellt. Diese Lösung ist Anfang 2024 an das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) und damit an den Bund übergeben worden. Dieses Engagement hat Dataport um Kompetenzen und Erfahrungen in der Entwicklung und Implementierung von Open Source in sicheren Betriebsumgebungen bereichert. Sie zahlen auf seine weitere Entwicklung ein.

Den von Dataport entwickelten souveränen Arbeitsplatz betreibt Dataport unter der Marke dPhoenixSuite. Dieser Arbeitsplatz wird von Dataport selbst und von Kunden in der Bundesrepublik eingesetzt und aktiv genutzt. Nachdem der Bund nunmehr ZenDiS als öffentlichen Auftraggeber für die Weiterentwicklung des souveränen Arbeitsplatzes gegründet hat und dafür ausschließlich finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, unterstützt Dataport ZenDiS und fokussiert sich auf das Angebot dieser Lösung als einen leistungsfähigen Ersatzarbeitsplatz (Notfallarbeitsplatz). Dataport bietet damit in Zeiten besonderer geopolitischer Herausforderungen und Unsicherheiten auf der Basis seiner erarbeiteten Erfahrungen und Kompetenzen eine Lösung, um die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung auch in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Dataport unterstützt Schleswig-Holstein bei der Auswahl, der Implementierung und im sicheren Betrieb digitaler Open-Source-Lösungen zur Umsetzung seiner Strategie der digitalen Souveränität. Mit und für Hamburg setzt sich Dataport insbesondere mit den Möglichkeiten und Grenzen auseinander, Drittstaatenangebote digital souverän und sicher anbieten zu können.

Dataport erwartet, dass die öffentliche Hand angesichts der genannten Herausforderungen die digitale Souveränität und Resilienz stärken wird. Die Koalitionsvereinbarung im Bund bestätigt diese Erwartung. Mit der Cloudifizierung seines Rechenzentrums sowie auch mit Lösungen hat Dataport bereits gute Voraussetzungen geschaffen. Die Dynamik der Entwicklung erfordert allerdings weitere Anstrengungen.

— Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Dataport ist dem Prinzip der digitalen Daseinsvorsorge verpflichtet, stellt für seine Kunden sichere IT-Infrastrukturen zur Verfügung und treibt den digitalen Wandel durch die Entwicklung innovativer Services weiter voran. Die Vielzahl der mobilen Arbeitsplätze sowie die Digitalisierungserfolge mit der Einführung der elektronischen Aktenführung oder des Videoconferencings haben dafür gesorgt, dass die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung seit dem Frühjahr 2020 überwiegend aus dem Homeoffice arbeiten konnten bzw. können und gewährleisten auf diese Weise die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Mit dem Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes (OZGÄndG bzw. OZG 2.0), das im Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist die Digitalisierung der Verwaltung zur Daueraufgabe erklärt worden. Eine entscheidende Rolle dafür spielt das EfA-Prinzip (Einer für Alle). Im Fokus stehen dabei Roll-in und Roll-out von EfA-Diensten. Während beim Roll-in Träger von Dataport den Dienst eines anderen Bundeslandes an die Behörden im eigenen Land anbinden, werden beim Roll-out EfA-Dienste an Behörden des eigenen Landes oder eines anderen Landes angebunden. Im Oktober 2024 befanden sich bei Dataport 109 EfA-Onlinedienste im Roll-out. Bundesweit hat Dataport 5006 Mal eine Behörde an einen eigenen Onlinedienst angebunden. Darüber hinaus können Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Sachsen-Anhalt im Rahmen des EfA-Roll-in 509 Anbindungen an Onlinedienste aus anderen Bundesländern verzeichnen. Auf dem EfA-Marktplatz standen zum selben Zeit-

¹ Bruttoinlandsprodukt 2024 für Deutschland – Statistisches Bundesamt

² Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2024 auf neuem Höchststand – Statistisches Bundesamt

³ Jahresrückblick 2024 | Bundesagentur für Arbeit

⁴ Mangel an Fachkräften hat leicht abgenommen | Fakten | ifo Institut

⁵ Personalmangel im öffentlichen Dienst auf Rekordhoch

⁶ Bundesfinanzministerium – Lindner: „Wir brauchen eine echte Wachstumswende“

⁷ Lichtblick in der Rezession: Digitalbranche wächst um 4,6 Prozent | Presseinformation | Bitkom e. V.

⁸ Erste Einigung Union mit SPD: Was bedeutet das Milliardenpaket? – CDU

⁹ BMI – Presse – Cyberkriminalität erneut gestiegen: Sicherheitsbehörden zerschlagen kriminelle Infrastrukturen

¹⁰ BSI – Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2023



punkt 95 EfA-Onlinedienste zur Verfügung. Die Fortschritte im Rahmen des Roll-out und Roll-in wirken sich positiv auf die Nutzung der OSI-Plattform aus. Mit Stand Ende September 2024 betreibt Dataport 454 Onlinedienste produktiv. Zum 1. November 2024 sind 1,34 Millionen Servicekonten über die OSI-Mandate eingerichtet.

An die Umsetzung der EfA-Onlinedienste schließt die durchgehende Verwaltungsdigitalisierung an. Sie wird Verwaltungen sowie Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche, noch größere Mehrwerte bieten. Digitale und medienbruchfreie Prozesse sind effizient und entlasten die Beschäftigten in den Verwaltungen. Das volle Potenzial der Digitalisierung entfaltet sich, wenn ein Verwaltungsprozess von Ende zu Ende digital läuft: von der Antragstellung, über die Bearbeitung, den Versand der Bescheide bis zur Ablage in einer elektronischen Akte. Damit verbindet Dataport die Idee von „Verwaltung-as-a-Service“ (VaaS). Ziel von VaaS ist es, mit einem höchstmöglichen Automationsgrad sowie der Unterstützung durch künstliche Intelligenz die Antragsdaten von Bürgerinnen und Bürgern anzunehmen, aus anderen Verwaltungssystemen zu übernehmen, zu prüfen und zu bearbeiten. VaaS generiert den Bescheid und sorgt für die Auszahlung von Leistungen. Digitale, einheitliche und zugängliche Register gehören zu den Grundlagen für durchgängig digitale Verwaltungsleistungen. Das Prinzip dahinter heißt „Once Only“. Gemeint ist: Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen geben nur einmal ihre Daten ein, Behörden tauschen die Daten untereinander aus. Mit dem Vorhaben „Registermodernisierung“ legen Bund und Länder die Basis für einen sicheren Datenaustausch.

Vor diesem Hintergrund wirkt Dataport auf mehreren Ebenen an der Realisierung des One-Stop-Governments mit. Das Bundesverwaltungsamt (BVA) als Registermodernisierungsbehörde hat Dataport als Generalunternehmer für die Entwicklung sowie den Aufbau und den Betrieb der zentral bereitgestellten Infrastruktur, dem National-Once-Only-Technical-System (NOOTS), beauftragt. Neben den Aktivitäten zum NOOTS betreibt Dataport im Auftrag des BVA seit April 2024 die Anwendung „Registerlandkarte“ in der dSecureCloud des Rechenzentrums. Dataport unterstützt die Träger bei ihren eigenen Projekten rund um die Registermodernisierung. Die Beauftragung Dataports als Generalunternehmer für das NOOTS bietet den Trägern die Möglichkeit, eigene Vorhaben durch kurze Informationswege zu beschleunigen. Durch Kooperationen in Form von gemeinsamen Aktivitäten, Vernetzung und Wissensmanagement lassen sich Synergien nutzen.

Der nächste Schritt dieser Transformation ist eine weitere Automatisierung der Verwaltungsabläufe, damit im Interesse der Nutzerinnen und Nutzer und der Unternehmen die Leistungen der Verwaltungen schnell und möglichst unmittelbar erbracht werden können. Beide Schritte – die Herstellung der Onlineverfügbarkeit und die Automatisierung – verlaufen überlappend. Im Auftrag „des Nordens“ stellt Dataport von seinen Trägern beauftragte einzelne Onlinedienste für diesen Ansatz der Automatisierung von Verwaltungsabläufen bereit. Die Nachfrage nach vollständig digitalisierten Verwaltungsleistungen, bei denen Nutzerorientierung und automatisierter Datenaustausch im Vordergrund stehen, wird schon wegen

der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen abnehmenden Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter steigen und steigen müssen.

Neben der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist eines der klassischen Tätigkeitsfelder von Dataport die Durchführung und Unterstützung der IT-Konsolidierung in der ganzen Breite der öffentlichen Verwaltung. Mit seinem Data-Center-Ansatz beispielsweise für Steuern, Polizei sowie Justiz unterstützt Dataport seit Jahren die Zusammenarbeit der Länder durch einen sicheren, zuverlässigen und effizienten Betrieb von „Fachverfahren derselben Familien“. Dieser Grundgedanke der föderalen IT-Zusammenarbeit strahlt mittlerweile auch über die Trägerländer hinaus, weil durch länderübergreifende Zusammenarbeit Effizienzgewinne erzielt werden können. Dataport betreibt beispielsweise für Niedersachsen, Brandenburg und Thüringen die dBildungscloud. Die Entwicklung des polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystems @rtus erfolgt durch Dataport für die Landespolizeien Schleswig-Holstein, Bremen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Saarland sowie für die Bundespolizei und die Polizei beim Deutschen Bundestag. Die neuen Kooperationspartner Hamburg und Niedersachsen befinden sich im organisierten Onboarding. Dataport wird das Verfahren für Schleswig-Holstein, Bremen, Sachsen-Anhalt und Hamburg betreiben. Mit dem RZ 4.0 („Nordstern“) stellt sich Dataport für den Betrieb modernisierter steuerfachlicher Verfahren über das Data Center Steuern (DCS) hinaus auf.

Im Projekt „BerBel“ wird die Verlagerung der Steuerdatenproduktion von Berlin ins DCS vorbereitet. Nach erfolgreicher Machbarkeitsprüfung im Vorprojekt startet das Hauptprojekt im Jahr 2025 und soll die vollständige Transition bis Mitte 2026 abschließen. Eine ergänzende Verwaltungsvereinbarung gestaltet die Kooperation mit den Trägerländern. Die Justiz aus Mecklenburg-Vorpommern migriert zurzeit in das Datacenter Justiz von Dataport. Die Justiz aus Sachsen-Anhalt ist mit ausgewählten Fachanwendungen bereits in das Data Center Justiz migriert, konsolidiert vorab einen Großteil jedoch eigenverantwortlich. Die Migration soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Technologien wie Big Data Analytics, Machine Learning und künstliche Intelligenz gewinnen an Bedeutung, mit denen datengetriebene Lösungen zur Digitalisierung der Verwaltung realisiert werden. Dataport erwartet, dass in den nächsten Jahren die Nachfrage nach datengetriebenen Lösungen kontinuierlich ansteigen wird. Die Entwicklung der Projekt-Pipeline für data[port]ai hat diese Erwartung bestätigt. Inzwischen steht mit data[port]ai eine Plattform zur Verfügung, auf der datengetriebene Lösungen für die Verwaltung entwickelt und betrieben werden können. Einen hohen Stellenwert hat auch hier die Gewährleistung der digitalen Souveränität. Dataport verfolgt dabei die Strategie, sowohl aus als auch über das eigene RZ KI-Services anzubieten, um die konkreten Bedürfnisse der Verwaltung in Abhängigkeit zur jeweiligen Risikoeinstufung der Daten und der Anwendung zu erfüllen. In einem technologisch hoch dynamischen Umfeld setzt data[port]ai auf marktgängige Standardprodukte, um Automatisierung zu ermöglichen und KI-Anwendungen schnell und sicher bereitstellen zu können. Das Portfolio von Dataport wächst stetig, auch generative KI-Lösungen werden zum Einsatz gebracht.

Mit der Öffnung und Nutzung von Daten der öffentlichen Verwaltung (unter Berücksichtigung des Datenschutzes, der Datensicherheit und der digitalen Souveränität) für KI-Anwendungen kann eine Nutzung und (Dritt-)Verwertung praktisch erprobt werden. Dataport strebt in diesem Handlungsfeld eine Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen IT-Dienstleistern an, um Nutzen und Kosten zu optimieren. Insbesondere wurde die Kooperation mit der govdigital eG ausgebaut. Mit diesem Angebot schafft Dataport einen nachhaltigen Lösungsansatz für die Herausforderungen des Einsatzes von Data Science und KI für hoheitliche Aufgaben beispielsweise der Justiz, der Polizei oder der Steuerverwaltung. Aber auch Unternehmen, Start-ups sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen aus der Region können mit der Plattform bei Innovation und Wertschöpfung durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz unterstützt werden. Im Zusammenhang mit der weiteren Automatisierung von Verwaltungsservices werden Large-Language-Modelle und Chatbots auch im Frontend eine maßgebliche Rolle spielen.

Die Träger von Dataport haben ihre Erfahrungen aus den länderübergreifenden Kooperationsmodellen „Keiner kann es auf Dauer mehr alleine“ und „Gemeinsam können wir es besser“ („die DNA von Dataport“) in das Modell des „Einer für Alle (EfA)“ des IT-Planungsrates eingebracht: Nicht gegeneinander, sondern arbeitsteilig und kooperativ ist die Devise. Dataport bringt aufgrund seiner Erfahrungen mit derartigen Kooperationsmodellen (Data Center Steuern, Data Center Polizei, Data Center Justiz etc.) die richtigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung des EfA-Prinzips mit. Dies bildet sich vor allem auch in dem Interesse anderer Bundesländer und des Bundes an den Leistungen von Dataport ab. Dataport steht mit seiner DNA und seiner operativen Leistungsfähigkeit für eine erfolgreiche föderale IT-Kooperation. Dataport bringt seine Expertise aus der föderalen IT-Kooperation im Norden in die mit anderen kommunalen IT-Dienstleistern gegründete Genossenschaft govdigital eG ein, an der nun auch zahlreiche weitere Länder beteiligt sind.

Diese Strategie – eine Infrastruktur, aber viele Anwendungen – zahlt sich auch für die Entwicklung des Kommunalgeschäfts aus. Sie unterstützt die kommunale Zusammenarbeit, aber auch die aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer erforderliche Integration der Verwaltungsleistungen. Mit der eigenen Marke dataport.kommunal und dem Konzept der DigitalHubs hat sich Dataport positioniert, die digitale Transformation der Kommunen mit Projekten der digitalen Daseinsvorsorge in den Gemeinden, Amtsverwaltungen, Städten und Landkreisen zu befördern. Dataport verknüpft dieses Konzept mit Präsenz in der Fläche. Mittlerweile sind eine Vielzahl von Vereinbarungen mit Kommunen in mehreren Bundesländern über derartige DigitalHubs getroffen sowie entsprechende Initiativen angestoßen worden.

GESCHÄFTSVERLAUF UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE DES UNTERNEHMENS

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt im Wesentlichen anhand der finanziellen Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, Jahresergebnis, Personalaufwand, Eigenkapital(-quote), Investitionsvolumen sowie Liquidität.

Die Geschäftsentwicklung von Dataport führte im Wirtschaftsjahr 2024 zu einer Umsatzsteigerung von 55,4 Millionen Euro oder 4,1 Prozent auf 1415,9 Millionen Euro (2023: 1360,5 Millionen Euro). Das Jahresergebnis 2024 liegt in Höhe von minus 28,9 Millionen Euro um 40,5 Millionen Euro unter dem Vorjahr (2023: 11,6 Millionen Euro). Dieses negative Ergebnis basiert auf der Sonderabschreibung der Investitionen in das Produkt dPhoenix in Höhe von 36,5 Millionen Euro.

Die Umsatzerlöse für eigene Leistungen sind im Wirtschaftsjahr 2024 um 3,0 Millionen Euro oder 0,9 Prozent auf 1.020,7 Millionen Euro (2023: 1.023,7 Millionen Euro) leicht gesunken. Die Umsatzerlöse für das durchlaufende Handelsgeschäft sind gegenüber dem Vorjahr (2023: 336,8 Millionen Euro) um 58,4 Millionen Euro auf 395,2 Millionen Euro gestiegen. Diese umfassen die Umsätze mit Handelswaren in Summe mit 212,4 Millionen Euro, die Umsätze mit durchlaufenden Fremdleistungen (174,0 Millionen Euro) sowie die Umsätze mit durchlaufenden Leistungen für Pflege und Wartung (8,8 Millionen Euro).

Die aktivierten Eigenleistungen wurden gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Millionen Euro auf 29,6 Millionen Euro (2023: 22,9 Millionen Euro) erhöht. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 19,3 Millionen Euro um 12,9 Millionen Euro deutlich über dem Vorjahr (2023: 6,4 Millionen Euro). Als wesentliche Positionen sind hier ein außerordentlicher Ertrag aus der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 6,3 Millionen Euro sowie Erträge aus Fördermittelprojekten zu nennen. Darüber hinaus enthalten die sonstigen betrieblichen Erträge periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (5,4 Millionen Euro) und sonstige periodenfremde Erträge/Lieferantengutschriften (3,1 Millionen Euro).

Der Aufwand für Material und bezogene Dienstleistungen sank im Wirtschaftsjahr 2024 insgesamt um 5,0 Millionen Euro oder 0,6 Prozent auf 791,8 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr (2023: 796,8 Millionen Euro). Eine deutliche Aufwandsreduktion lässt sich bei der Beauftragung von Fremdleistungen erkennen. Hier sank der Aufwand um 65,8 Millionen Euro oder 26,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, was unter anderem die aktive Substitution externer Fremdleister durch den Aufbau interner Kapazitäten widerspiegelt. Gleichzeitig stieg der Aufwand für das Handelsgeschäft analog zu den gestiegenen Erlösen um 49,8 Millionen Euro oder 14,6 Prozent, wodurch in Summe ein nahezu konstanter Materialaufwand im Vergleich zum Vorjahr erreicht wurde.

Der Personalaufwand ist in 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 67,6 Millionen Euro oder 15,7 Prozent auf 499,4 Millionen Euro (2023: 431,8 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist zum Teil auf die Erweiterung der Personalkapazitäten (+ 12,0 Prozent) von durchschnittlich 4.668 Full Time Equivalents (FTE) in 2023 auf 5.227 FTE in 2024 zurückzuführen.



Zusätzlich wirkte sich der im Dezember 2023 abgeschlossene Tarifvertrag insbesondere in Form der vereinbarten Inflationssonderzahlungen (8,0 Millionen Euro) sowie der Erhöhung der Dataport-Zulage (8,0 Millionen Euro) aus.

Die Abschreibungen liegen mit 93,4 Millionen Euro um 13,1 Millionen Euro oder 16,3 Prozent über dem Wert des Vorjahres (2023: 80,3 Millionen Euro). Die im Verlauf der vergangenen Jahre stark gestiegenen Investitionssummen führen zu einem entsprechend steigenden Aufwand für Abschreibungen. Gegenüber dem Vorjahr (2023: 136,8 Millionen Euro) steigt die Investitionssumme im Wirtschaftsjahr 2024 um 11,0 Millionen Euro auf 147,8 Millionen Euro. Das Anlagevermögen, ohne Finanzanlagen, hat einen bilanzierten Wert in Höhe von 389,7 Millionen Euro (2023: 372,8 Millionen Euro).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 46,0 Millionen Euro auf 102,6 Millionen Euro (2023: 56,6 Millionen Euro). Die relevanten Steigerungen stehen vor allem im Zusammenhang mit den Verlusten aus Anlagenabgang von dPhoenix (36,5 Millionen Euro) und dem temporären Anstieg der Aufwendungen für Raummieten (+ 3,2 Millionen Euro) wegen der parallelen Anmietung von Büroflächen, Gebäudebewirtschaftung (+ 3,0 Millionen Euro), Reisekosten (+ 1,2 Millionen Euro) und anderer Kostenarten.

Die kurzfristigen finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln und unter Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite erbracht werden. Zum Jahresende bestehen Betriebsmittelkredite in Höhe von 25,0 Millionen Euro und ein negativer Kontokorrentbestand von 3,9 Millionen Euro. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 118,7 Millionen Euro (2023: 79,9 Millionen Euro).

Das Anlagevermögen war zum 31. Dezember 2024 zu 68,9 Prozent (2023: 75,2 Prozent) durch Eigenkapital und langfristige Pensions- und Beihilferückstellungen gedeckt. Die Finanzanlagen in Höhe von 128,7 Millionen Euro (2023: 112,5 Millionen Euro) bestehen nahezu ausschließlich aus den Rückdeckungsversicherungen. Das Umlaufvermögen beträgt 157,6 Millionen Euro (2023: 170,3 Millionen Euro). Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 52,4 Millionen Euro (2023: 50,2 Millionen Euro) betreffen im Wesentlichen Vorauszahlungen für Hardwarewartungs- und Softwarepflegeverträge.

Die Eigenkapitalquote sinkt auf 9,9 Prozent (2023: 14,3 Prozent).

Die Rückstellungen steigen um 20,2 Millionen Euro auf 344,7 Millionen Euro (2023: 324,5 Millionen Euro). Zu dem Anstieg tragen im Wesentlichen die Erhöhung der Pensionsrückstellungen (+ 18,2 Millionen Euro), der Rückstellungen für Überstunden und Urlaubsverpflichtungen (+ 6,4 Millionen Euro) sowie der Beihilferückstellung (+ 3,0 Millionen Euro) bei. Gleichzeitig sind die sonstigen Rückstellungen um 7,5 Millionen Euro zurückgegangen.

Die Summe der Verbindlichkeiten ist im Berichtsjahr um 36,5 Millionen Euro auf 193,8 Millionen Euro (2023: 157,3 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist vor allem auf höhere Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung zurückzuführen. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahr (2023: 115,9 Millionen Euro) um 31,2 Millionen Euro auf 147,1 Millionen Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten

sich im Vergleich zum Vorjahr (2023: 33,9 Millionen Euro) um 0,8 Millionen Euro auf 34,7 Millionen Euro, was in der jährlichen Tilgung des Investitionskredits für den Bau des digitalen Druck- und Kuvertierzentrums (Stand 31. Dezember 2024: 5,8 Millionen Euro) sowie des Betriebsmittelkredits (Stand 31. Dezember 2024: 25,0 Millionen Euro) einerseits und der Inanspruchnahme eines Kontokorrentkredits von 3,9 Millionen Euro andererseits begründet ist.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten liegen um 5,1 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert bei 117,6 Millionen Euro (2023: 122,7 Millionen Euro). Diese beinhalten zum einen kundenfinanzierte Investitionen, vor allem in den Produkten des Standardersatzbedarfs in der Endgerätebetreuung und für den Netzausbau. Zum anderen wurden durch die Kunden Projekte und Entwicklungsaufträge vorfinanziert, deren Leistungen von Dataport im Wesentlichen im kommenden Wirtschaftsjahr zu erbringen sind.

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2024 ist als stabil zu beurteilen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren ergeben sich insbesondere aus der Personalleistungsstatistik. Im Geschäftsjahr 2024 liegt der Anteil der Leistungen für Kundenaufträge und marktorientierte Projekte der internen Mitarbeitenden bei 72,2 Prozent (2023: 71,0 Prozent). Die sonstigen Zeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung und allgemeine Administration) liegen entsprechend bei 27,8 Prozent (2023: 29,0 Prozent).

AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN

Dataport hat sich erfolgreich als öffentlicher IT-Dienstleister für die Verwaltung etabliert und wird diese auch zukünftig erfolgreich mit hochwertigen und wirtschaftlichen IT-Dienstleistungen unterstützen. Mit der im „Dataport-Zielbild 2022–2026“ formulierten Vision und den umfangreichen Zielvorgaben hat Dataport einen Rahmen für die Entwicklung:

„Dataport ist ein öffentliches Unternehmen aus dem Norden, das sich agil in seinen internen und externen Strukturen und Prozessen auf wachsende Bedarfe der Kundinnen und Kunden ausrichtet. Dataport erbringt in Benchmarks erfolgreiche IT-Services von Beratung über Entwicklung bis zum Betrieb als Fullservice-Provider nach den Kriterien Qualität, Sicherheit, Flexibilität und Wirtschaftlichkeit. Dataport unterstützt als föderaler Kooperations-Nukleus, Konsolidierungs- und Innovationstreiber die Digitalisierung und Daseinsvorsorge. Dataport steht mit seinem Markenkern für „Public Value“ und sichert die digitale Souveränität des Staates.“

Die Umsetzung des Zielbildes unterliegt einem laufenden internen Controlling. Dem Verwaltungsrat wird jährlich über die Umsetzung des Zielbildes berichtet. Von den in 2024 neu aufgesetzten 70 Maßnahmen sind 63 voll abgeschlossen (90 Prozent). In der Gesamtbetrachtung erreicht Dataport bei den seit 2022 aufgesetzten Maßnahmen eine Zielerreichungsquote von 85 Prozent (Mittelwertbetrachtung 2022–2024).

Die Entwicklung von Dataport wird von den nachfolgenden Chancen und Risiken beeinflusst. Dataport managt die Risiken im Rahmen eines strategischen Risikomanagements.

Das Risikomanagement erfolgt in Verbindung mit dem Management von Chancen und Zielen. Im Rahmen des Risikomanagements identifizieren Bereichs- und Stabsstellenleitungen die strategischen Risiken der Bereiche anhand eines standardisierten Verfahrens. Es wird zwischen Finanzrisiken, Technologierisiken, regulatorischen Risiken, Ressourcen-, Markt- und Kundenrisiken sowie Produkt- und Projektrisiken unterschieden. Die Risikobearbeitung durchläuft vier Phasen: Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung und Maßnahmenphase.

Ausblick und Chancen

In den kommenden Jahren sind folgende Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung von Dataport prägend:

— Nach der Bereitstellung von Onlinediensten folgt das Roll-out (EFA-Leistungen der Träger anderen Ländern bereitstellen) und Roll-in (EFA-Leistungen anderer Länder für die Träger bereitstellen) von Onlinediensten nach dem EFA-Prinzip, überwiegend bundesweit.

— Auf die Produktivsetzung von Onlinediensten folgen das Roll-out und Roll-in in die Fläche sowie eine durchgehende Digitalisierung von Back-Office-Verfahren und Onlinediensten.

— Die Digitalisierung der Verwaltung wird mit der Registermodernisierung im Sinne eines One-Stop-Governments fortgesetzt („vorausgefüllte Formulare“).

— Der demografische Wandel macht die Automatisierung von Verwaltungsleistungen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung zwingend erforderlich. Dies wird auch mit Rechtsänderungen verbunden sein.

— Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Kommunen, Ländern und Bund wird eine weitere Konsolidierung der IT und die damit verbundenen Anfangsinvestitionen auf allen Ebenen erzwingen.

— Die Nachfrage nach Angeboten zur Unterstützung einer datengestützten Verwaltung wird steigen.

— Der Bedarf und Einsatz von Anwendungen der künstlichen Intelligenz in der Verwaltung wird weiter steigen. Mit dem erreichten Ausbau und der Leistungsfähigkeit von data[port]ai ist Dataport sehr gut positioniert.

— Aus dem mobilen Arbeiten wird New Work: Dies erfordert einen Ausbau der technischen Infrastrukturen, die Bereitstellung von Webanwendungen und Investitionen in Aufbau und Ausstattung von geeigneten Kommunikationsflächen für hybride Veranstaltungen in Präsenz und online. Der Bedarf an reinen Büroflächen wird sich reduzieren.

— Die Nachfrage nach IT-Dienstleistungen, die angesichts der geopolitischen Lage die Resilienz der öffentlichen Verwaltung gewährleisten und die digitale Souveränität des Staates schützen, wird ansteigen.

— Mit der Automatisierung und Cloudifizierung seines Rechenzentrums („RZ 4.0“) und der Modernisierung des Netzes im Rahmen des Programms „Nordstern“ schafft Dataport die Voraussetzungen für digital souveräne Services für die öffentliche Verwaltung aus seinem cloudifizierten Rechenzentrum.

— Mit seinem Data-Center-Konzept aus seinem IT-grundschutz-zertifizierten Rechenzentrum für die hoheitlichen Fachdomänen – insbesondere von Steuer, Polizei und Justiz – leistet Dataport einen wichtigen Beitrag zur föderalen IT-Kooperation und zur IT-Konsolidierung, die eine Anziehungskraft auf weitere Kunden innerhalb und außerhalb des Trägerbereiches ausübt.

— Mit seinem Engagement für die Deutsche VerwaltungscLOUD und seiner Mitwirkung in der Genossenschaft govdigital eröffnet sich Dataport im Interesse seiner Kunden Zugänge zu Lösungen anderer öffentlicher IT-Dienstleister, aber auch die Platzierung der für den Norden erbrachten Dienstleistungen für andere Mitglieder der Genossenschaft als operativen Beitrag der föderalen IT-Kooperation.

— Der Digitalpakt 2.0 ermöglicht einen weiteren Ausbau der digitalen Bildungsinfrastruktur in Deutschland.

Risiken

Generelle Risiken

— Eine weitere Zunahme der geopolitischen Risiken und eine erneut zunehmende Verspannung der globalen Beziehungen können die Nachfrage nach und Investitionen in digital souveräne Systeme für die Verwaltung in Deutschland und Europa sprunghaft ansteigen lassen. Insbesondere die Neuverhandlung geopolitischer Interessen verstärken globale Unsicherheiten und unterstützen damit in Europa eine Fokussierung auf den europäischen Markt, europäische Partnerschaften und zunehmende Unabhängigkeitsbestrebungen von Ländern wie den USA und China. Die IT-Sicherheit und die Fähigkeit zur Bedienung großer Stückzahlen sind Alleinstellungsmerkmale der Lösungen von Dataport. Im Zuge der Umsetzung der Strategie der digitalen Souveränität nutzt Dataport seit Jahren seine vertraglichen Möglichkeiten zur Nutzung externer Ressourcen (Cloud-Broker-Vertrag), stärkt aber auch seine eigenen Ressourcen und richtet sie verstärkt auf die Nutzung von supporteten europäischen Open-Source-Lösungen aus.





- Es ergeben sich betriebswirtschaftliche Risiken bei der Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen (Netz 2025, RZ 4.0), wie bei dPhoenixSuite eingetreten, wenn die erstellten Produkte oder Infrastrukturen nicht angenommen und genutzt werden. Dataport reagiert auf dieses Risiko mit einem laufenden und anlassbezogenen Controlling der kalkulierten Kosten- und Umsatzentwicklungen. Die Business Cases werden mindestens jährlich überprüft bzw. angepasst. In den Quartalscontrolling-Gesprächen werden die Forecasts und dielst-Entwicklungen überprüft.
- Der Ukraine-Krieg hat die Bedeutung von Resilienz und Krisenvorsorge in den Vordergrund gerückt. Als Betreiber kritischer Infrastruktur ist Dataport in besonderer Weise gefordert. Die jahrelange Erfahrung mit der Umsetzung von IT-Grundschutz sowie der seit Jahren betriebene Aufbau des Security Operations Center zahlen auf die Anforderung ein, vermehrten und aggressiveren Cyberangriffen zu begegnen und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung absichern zu können. Die Notwendigkeit erhöhter Resilienz und Krisenvorsorge hat den Blick aber auch auf weitere Abhängigkeiten gerichtet, wie beispielsweise die Stromversorgung, Telekommunikation und Lieferketten, für die jeweils Vorsorge zu denken und zu organisieren ist. Während früher in den Szenarien lediglich dem Ausfall eines lokalen Rechenzentrums oder einer zufällig gekappten Stromleitung zu begegnen war, stehen heute umfassende Szenarien wie Blackout und gezielte Angriffe auf Knoten der Infrastrukturen im Mittelpunkt. Dataport versteht sich als ein Element einer gesamtgesellschaftlichen Risikovor-sorge und richtet sich auf derartige Szenarien ein.
- Während der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl im Februar 2025 ist aktuell unklar, in welchem Umfang neue Budgets durch beispielsweise Sondervermögen für Digitalisierung und IT zur Verfügung stehen und ob diese Mittel auch für Dataport nutzbar werden.
- Aufgrund der schrumpfenden IT-Budgets bei gleichzeitig steigenden Anforderungen besteht die Herausforderung, die Qualität der zu erbringenden IT-Leistungen kontinuierlich zu verbessern, um den zunehmenden Erwartungen der Kunden gerecht zu werden. Dazu hat Dataport das im Jahr 2021 eingeführte System für Kunden- und Nutzerbefragungen über alle Produkte und Leistungen fortgeführt.
- Dataport ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Diese Entwicklung wird sich in den folgenden Jahren in geringem Maße fortsetzen, hauptsächlich durch die Haushaltslagen gebremst. Zur Bewältigung der damit verbundenen Wachstumsrisiken hat Dataport daher das Programm „Wachstum managen“ aufgesetzt. In diesem Programm werden verschiedene Handlungsfelder bearbeitet. Einzelne Projekte sind bereits erfolgreich abgeschlossen worden. In 2025 liegt neben der internen Digitalisierung das Hauptaugenmerk auf der Umsetzung einer stärker kunden- und geschäftsfeldorientierten Organisation sowie der Einführung einer durchgehenden Ende-zu-Ende-Produktorganisation.

- Die Anforderungen an Arbeitsflächen verändern sich zunehmend. Dabei bewegen sich die Anforderungen in einem Spannungsfeld aus konzentriertem mobilem Arbeiten und intensiver Zusammenarbeit vor Ort (Workshops, Arbeitstermine etc.). An allen Standorten wurden dafür vor der Pandemie zusätzliche Flächen oder Co-Working-Arbeitsplätze angemietet. Nach der pandemischen Erfahrung stabilisiert sich die Praxis des mobilen Arbeitens auf einem hohen Niveau. Um dies und hybride Arbeitsformen zu ermöglichen, aber auch gleichzeitig dem Bedarf nach sequenzieller Zusammenarbeit auf der Fläche zu decken, sind die unterstützenden Infrastrukturen und Lösungen fortlaufend anzupassen. Der Flächenbedarf pro Beschäftigten wird wegen der Ausweitung des mobilen Arbeitens abnehmen, aber der Bedarf an modernen Kommunikationsflächen wird zunehmen und der Steuerungsbedarf im Flächenmanagement steigen.
- Aufgrund der geopolitischen Lage sind die weltweiten Lieferketten gefährdet. Dataport reagiert im Rahmen seiner Möglichkeiten auf diese Entwicklungen mit vertraglichen Absicherungen.
- Wie schon zu Beginn des Ukraine-Krieges besteht infolge kriegsrischer Auseinandersetzungen und einer zunehmenden Binnenorientierung das Risiko eines erneuten Anstiegs der Energiekosten. Mittelfristig ist nicht auszuschließen, dass diese Entwicklung nicht mehr durch weitere Produktivitätssteigerungen zu kompensieren ist und sich in erhöhten Preisen niederschlagen muss.

Personalrisiken

Durch die demografische Entwicklung einerseits sowie den anziehenden IT-Arbeitsmarkt andererseits kommt es zu einem IT-Fachkräftemangel. Zur Risikominimierung wurden eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, wie zum Beispiel die Erweiterung des Ausbildungskonzepts, Employer-Branding-Kampagnen, Recruiting, Durchführung von Personalplanungs-Workshops und der Ausbau des Ausbildungsportfolios sowie von Hochschulkooperationen. Dataport erreicht in von unabhängigen Instituten durchgeführten Umfragen hervorragende Plätze unter den IT-Arbeitgebern in Deutschland. Der kununu-Score von Dataport lag 2024 wie im Vorjahr bei 4,2 Punkten und damit weiterhin höher als in der IT-Branche (4,0 Punkte). Auch die Weiterempfehlungsrate liegt mit 90 Prozent über dem Branchendurchschnitt (74 Prozent). Gutes Personal zu bekommen und zu halten, erfordert erhöhte Aufwendungen an Zeit und Geld. Die tarifpolitischen Eigenlogiken führen dazu, dass im Tarifsysteem „der Bauch staucht“. Im Vergleich zur Privatwirtschaft wird die Übernahme von Führungsverantwortung sowie von fachlicher Exzellenz im Tarifsysteem nicht ausreichend entlohnt, sodass dadurch strukturelle Risiken entstehen. Dataport hat auf diese Entwicklung auf der Basis des Tarifvertrags der Länder unter Berücksichtigung seiner strukturellen Besonderheiten reagiert. Hervorzuheben ist, dass erstmals Rahmenbedingungen für

eine individuell zu gestaltende, zeitlich begrenzte Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit vereinbart worden sind, die bei einem betrieblichen Bedarf und auf freiwilliger Basis der Beschäftigten genutzt werden können. In der Pilotphase seit Juli 2024 nutzen über 350 Mitarbeitende dieses Angebot zur Erhöhung der Arbeitszeit auf 40, 41 oder 42,5 Stunden pro Woche.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Bestand des Unternehmens stabil ist. Dataport erfüllt seinen gesetzlichen Auftrag. Seit der Gründung konnten Synergien für die Träger erwirtschaftet werden.

WIRTSCHAFTLICHER AUSBLICK

Die geplante mittelfristige Umsatzentwicklung sieht eine Steigerung von 2025 bis 2029 um 300,1 Millionen Euro auf eine Höhe von 1.818,3 Millionen Euro vor. Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit Umsatzerlösen von 1.518,2 Millionen Euro gerechnet.

Die erwarteten Jahresüberschüsse von 2025 bis zum Jahr 2029 kumulieren sich unter Berücksichtigung der vorgezogenen Abschreibung des Produkts dPhoenixSuite auf 43,6 Millionen Euro und werden – in Abhängigkeit von der Entwicklung der Bilanzsumme – zu einer stärker steigenden Eigenkapitalquote führen als in der Vergangenheit. Das geplante Unternehmensergebnis für 2025 lag bei 0,6 Millionen Euro.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 sieht für die Personalkapazität sowohl eine nachfrageinduzierte als auch eine strategische Steigerung aufgrund der demografischen Entwicklung vor.

Der Investitionskredit für den Neubau des digitalen Druck- und Kuvertierzentrums in Altenholz, mit einem Volumen von 14 Millionen Euro, wurde planmäßig mit vierteljährlichen Tilgungsraten à 275.000 Euro um 1,1 Millionen Euro teigeteilt. Das Restkapital per Jahresende 2024 beträgt 5,8 Millionen Euro. Die Schlussrate wird zum 30. März 2030 fällig.

Der Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2025 sieht ein Investitionsbudget in Höhe von rund 182,1 Millionen Euro vor. Um die potenziell kurzfristig entstehenden Liquiditätsbedarfsspitzen, die sich aus der wachsenden operativen Geschäftstätigkeit ergeben, zu decken, wird für 2025 mit einer höheren Auslastung des Rahmens für Kontokorrent- und Betriebsmittelkredite (in Summe 85 Millionen Euro) geplant. Für die Umsetzung der geplanten Investitionstätigkeiten wurden drei Investitionskredite à 10 Millionen Euro mit unterschiedlichen Laufzeiten abgeschlossen. Die Liquiditätslage kann als stabil bezeichnet werden. ■





PERSONAL

PERSONALKAPAZITÄT*

	Anzahl
Vorstand	4
Beamtinnen/Beamte	257
Beschäftigte	5.256
Gesamt	5.517

*Anzahl der Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt

PERSONALAUFWAND

	EUR
Personalaufwand gesamt:	499.379.079

Dr. Johann Bizer	357.769
Andreas Reichel	276.080
Torsten Koß	304.000
Silke Tessmann-Storch	272.609

BILANZ

AKTIVA

	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	140.808
Sachanlagen	248.841
Finanzanlagen	128.725
Vorräte	2.850
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	144.725
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	10.045
Rechnungsabgrenzungsposten	52.409
Ergebnis Aktiva	728.403

PASSIVA

	TEUR
Gezeichnetes Kapitel	51.000
Kapitalrücklagen	11.190
Satzungsmäßige Rücklage	39.010
Jahresfehlbetrag	-28.928
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	209.961
Sonstige Rückstellungen	134.741
Verbindlichkeiten	193.807
Rechnungsabgrenzungsposten	117.622
Ergebnis Passiva	728.403

GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

	TEUR
Umsatzerlöse	1.415.910
Bestandsveränderung unfertiger Leistungen	-1.511
Andere Erträge	48.901
Zinserträge und Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	212
Erträge gesamt	1.463.512
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	199.049
Bezogene Leistungen	672.770
Personalaufwendungen	499.379
Abschreibungen	93.405
Zinsaufwendungen	6.515
Andere Aufwendungen	101.322
Aufwendungen gesamt	1.492.440
Jahresfehlbetrag	-28.928



BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Die derzeitige weltpolitische Lage ist von internationalen Spannungen, Kriegen und wirtschaftlichen Unsicherheiten geprägt. Diese Dynamik hat direkte Auswirkungen auf Deutschland, das als zentrale Wirtschaftsmacht in Europa eine Schlüsselrolle spielt und sich mit Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit sowie Handelskonflikten auseinandersetzen muss. In diesem Kontext gewinnen Cybersicherheit und Datenschutz zunehmend an Bedeutung.

Cyberangriffe stellen eine der größten Bedrohungen sowohl für die nationale und kritische Infrastruktur als auch für die Wirtschaft dar. Deutschland investiert deswegen verstärkt in den Schutz kritischer Systeme und die Entwicklung von Abwehrstrategien gegen Cyberbedrohungen. Dataport ist für seine Träger ein verlässlicher Partner, um den Herausforderungen im digitalen Raum effektiv zu begegnen.

Digitale Souveränität und Sicherheit stehen dabei zwar im Fokus, dürfen aber die Entwicklung einer zukunftssicheren und effizienten Verwaltung nicht bremsen. Zu diesem Zweck werden Projekte im Bereich künstlicher Intelligenz und Cloud-Computing sowie die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes weiter vorangetrieben. Bei der Implementierung dieser Technologien werden stets auch ökologische Aspekte berücksichtigt. Energieeffiziente IT-Systeme, ressourcenschonende Prozesse und Nachhaltigkeitsinitiativen sind Kernelemente einer nachhaltigen Digitalisierung.

Der Verwaltungsrat besuchte im September 2024 Singapur, eines der am weitesten digitalisierten Länder der Welt. Die Gespräche und Besichtigungen vor Ort haben gezeigt, was im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung und der digitalen Transformation eines Landes möglich ist. Die aus den Erfahrungen abgeleiteten Thesen, wie zum Beispiel langfristige Planung und Nutzerzentrierung, Ökosystem als Innovationsmotor, gemeinsame Datenplattform, Modularisierung und Microservices oder Vertrauen in staatliches Handeln, zeigen, wie es gelingen kann, auf „digital only“ bei dennoch umfassender Teilhabe zu setzen.

Der Verwaltungsrat hat die Tätigkeit von Dataport regelmäßig überwacht und den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten. Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2024 in vier Verwaltungsrats-sitzungen schriftlich und mündlich über die Lage und die Entwicklung von Dataport sowie über wesentliche Geschäftsvorgänge berichtet und mit dem Verwaltungsrat die strategische Ausrichtung von Dataport erarbeitet. Im Jahr 2024 wurden zusätzlich zwei besondere Sitzungen des Verwaltungsrates einberufen. In diesen Sitzungen widmete sich der Verwaltungsrat intensiv dem Projekt Phoenix. Das Ergebnis dieser Sondersitzungen war die Erstellung des Berichts „Findings und Learnings“ zum Projekt Phoenix, aus dem ein umfassender Maßnahmenplan abgeleitet und im Verwaltungsrat beraten wurde.

Nach Beauftragung durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats sind der Jahresabschluss und der Lagebericht 2024 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben den Jahresabschluss und den Lagebericht 2024 beraten. Einwendungen sind gegen das Prüfungsergebnis nicht erhoben worden. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2024 einschließlich Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 27. Juni 2025 gebilligt. In dieser Sitzung wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den vielen engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an allen Standorten von Dataport ganz ausdrücklich für ihre Arbeit.

Jan Pörksen
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Mitglieder des Verwaltungsrats sind:

Jan Pörksen

Staatsrat und Chef der Senatskanzlei,
Freie und Hansestadt Hamburg
Verwaltungsratsvorsitzender

Dirk Schrödter

Minister und Chef der Staatskanzlei
Schleswig-Holstein
Stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender

Michael Richter

Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt

Dr. Martin Hagen

Staatsrat beim Senator für Finanzen,
Freie Hansestadt Bremen

Dr. Sönke Schulz

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

Ina-Maria Ulbrich

Staatssekretärin im Ministerium für Inneres,
Bau und Digitalisierung, Mecklenburg-
Vorpommern

Ernst Hüdepohl

Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung
Steuern beim Niedersächsischen
Finanzministerium (bis 30. Juni 2024)

Götz Heilmann

Leitender Ministerialrat beim
Niedersächsischen Finanzministerium
(1. Juli bis 31. Dezember 2024)

Oliver Vree

Ministerialdirigent beim Niedersächsischen
Finanzministerium (seit 1. Januar 2025)

Helge Carstensen

Personalratsvorsitzender von Dataport,
Altenholz (bis 27. Februar 2024)

Folke Heise

Personalratsvorsitzende von Dataport,
Altenholz (seit 28. Februar 2024)

Impressum

Herausgeber

Dataport AöR
Altenholzer Str. 10–14
24161 Altenholz
www.dataport.de

Kontakt

Telefon 0431 3295-0
poststelle@dataport.de

Redaktion

Corporate Communications
Britta Heinrich (v. i. S. d. P.)
Julia Mengeler, Dr. Katrin Viertel,
Julia Kobert, Kirsten Wohlfahrt

Layout

WEDER & NOCH GmbH & Co. KG

Auflage

1200
© 2025

Bildnachweise

Seite 05: Joerg Schwalfenberg
Seite 07: Timo Wilke
Seite 10: Dataport
Seite 11: Dataport
Seite 14: Privat, Akquinet
Seite 15: Joerg Schwalfenberg
Seite 16: Timo Wilke
Seite 17: Privat

Druck

Druckerei Siepmann GmbH





dataport.de

